

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weissbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postzettelgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stünzing, verantwortl. Redakteur: H. Paeplow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Bremmerstr. 11, 1. Et.

Vereins-Anzeigen
für die freigehaltene Zeitzeile oder deren Raum 80 A.
Zeitungspreisliste Nr. 3888.

Verbandsmitglieder! Zahlt die Verbandsbeiträge bis zum Jahresende, bevor es Winter wird!

Inhalt: Zur Eröffnung des Reichstages. — Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Versammlungen und soziale Bewegung. Ein Stimmenbild über die Situation im Berliner Baugewerbe. — Von Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Bereichen: Gewerkschafts-Pflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefstafeln. — Streitabredung. — Kontrollverband der Maurer. — Central-Krankenkasse. — Anzeigen.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:

Laboe (Sperrung über Störling), Heickendorf (Sperrung über Schötzchen), Ochsenzoll (Sperrung über Kummerfeld), Niedorf a. d. Ostsee (Sperrung über Unternehmer Hard);

Mecklenburg:

Alt- und Neu Stralitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt);

Pommern:

Swinemünde-Ahlebeck-Heringsdorf (Maurerstreik);

Ost- und Westpreussen:

Königsberg (Sperrung über Colberg & Co., früher Karowski), Gumbinnen (Sperrung über Gebat), Danzig (Sperrung über Leichenberg);

Prov. Posen:

Bromberg (partieller Streik);

Schlesien:

Breslau (Sperrung über Baumgart wegen Maßregelung);

Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby (Aussperrung der Maurer), Magdeburg (Sperrung über Wille, früher Dröge & Engelmann), Stassfurt (Differenzen);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (Sperrung über die Bahnhofsbauteile der Unternehmer Risse & Lüngsleben aus Halle, Berndt aus Dresden und Marion in Leipzig), Mügeln b. Dresden (Sperrung über Demmler);

Hannover:

Emden (Streik);

Rheinprovinz:

Crefeld, Oberhausen, Bonn (partielle Streiks).

Zur Eröffnung des Reichstages.

Später, als nach Lage der Dinge allgemein erwartet worden ist und im Interesse der legislatorischen Tätigkeit geboten erschien, ist die Einberufung des Reichstags erfolgt — zum 8. Dezember. Über die Gründe dieser unzähligen Verzögerung verlautbarste in der Presse mancherlei, aber eine zuverlässige Erklärung dafür ist bis jetzt nicht gegeben worden.

Wenn unseren Lesern diese Nummer unseres Blattes zugeht, wird die feierliche Eröffnung des Reichstags und seine Konstituierung, Präsidentenwahl etc. erfolgt sein. Es bietet ein anderes Bild als sein Vorgänger. Die Neuwahlen haben Veränderungen im Stärkeverhältnis der Fraktionen gebracht und zwar zum Teil sehr erhebliche, die hauptsächlich das bedeutende Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Mandatare schafft in die Erziehung treten lassen. Am Ende der letzten Legislaturperiode zählte die sozialdemokratische Fraktion 55 Mit-

glieder; jetzt zu Beginn der XI. Legislaturperiode tritt sie mit 80 und die Marine stehen in sicherer Aussicht. Und dazu die 80 (von den 81 Abgeordneten unserer Partei ist einer, Genosse schlechte Lage der Reichsfinanzen, die die Hofmann-Meichenbach, inzwischen mit Tode abgegangen) gering im Bunde mit den reaktionären Partien durch Gestaltungsfähigkeiten in den Reichstag ein, während die Fraktionen seines imbiester Steuern abschließen möchten der übrigen Partien zum Teil mit knapper Not ihren früheren. Der Entwurf rechnet mit einer Einnahme des Reichs aus Böllen, Verbrauchsabgaben und zahl erfasst haben. Absetzen von M. 811 682 980 oder M. 1480 100 mehr wären wir im Deutschen Reich ein durchaus gerechtes als im Vorjahr. Davon sollen die Bölle allein nahezu 80 Millionen, die Salzsteuer 50 000 000, die Zuckersteuer 105 822 000 Mark erbringen.

Mit größter Spannung erwartet man in den weitesten Volkskreisen allgemein die Debatten, welche beim Gesetz — und zwar schon in der Generalerörterung, über das schmackvolle, die Ehre der Nation vor der ganzen Kulturreich, schändende Unwesen der Soldatenmisshandlungen, das in leichter Zeit wieder geradezu durchdrückbar um sich geprägt hat. Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag seiner Pflicht genügt, dieser Schwach ein Ende zu machen, die Schande unseres Volkes davon zu befreien, von militärischen Vorgeschäften in empörender, unchristlichen geradezu barbarischer und bösartiger Weise im Namen der Disziplin mißhandelt zu werden. Bei dieser Gelegenheit wird das ganze militärische System, das solche Schänden möglich macht, sowie auch die Militärjustiz und das Militärstrafgesetz gehärtende Kritik erfahren.

Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Sozialdemokraten auch die Notwendigkeit gründlicher Reform des bürgerlichen Strafrechts und der bürgerlichen Strafjustiz zur Strafe bringen werden. Und ohne Zweifel wird dabei besonders der Teil der Strafjustiz, welcher die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und Organisation betrifft, eine Rolle spielen. Auf diesem Gebiet, in Streitprozessen etc., sind ja in leichter Zeit wieder wahre Ungeheuerlichkeiten passiert, Ausgeburt einer Klassenjustiz, die weber ein moralisches noch gesetzliches Recht der Arbeiter anerkennt.

Dazu kommt die Frage der Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Arbeiter! An neuen inneren Angriffen auf dieses Recht von Seiten der Verfechter der Unternehmerinteressen wird es nicht fehlen. Auch ist es nach unserem Erwußen nicht ausgeschlossen, daß von gewisser Seite wieder der Versuch gemacht wird, dieses Recht gänzlich zu vernichten. Der Geist der Buchtausgabe vorlage lebt noch. Ging es nach Wunsch und Willen der Ordnungsparteien, so würde auf dem Gebiete der Arbeiterarbeitsvertragsgesetzgebung nichts mehr geschehen, könnten die Arbeiter so „unantastbar“ sein, die Wohlthaten der reaktionären Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik „nicht zu würdigen“. Mit noch größerem Tatkrift wird die sozialdemokratische Fraktion auf gründliche sozialpolitische Reformen dringen, wobei die Frage des Bauarbeiter-Schutzes, gehörig berücksichtigt werden dürfte; so liegt auch die alte Forderung der Bauarbeiterchaft, sie an der regelmäßigen amtlichen Gütekontrolle zu beteiligen. Dieser Forderung Rechnung zu tragen, wäre der Reichstag im Zusammenhang mit der Frage der Gewerbe-Inspektion im allgemeinen umso mehr verpflichtet, als von den bundesstaatlichen Regierungen zumeist nichts in dieser Richtung zu erwarten ist.

Ein hervorragendes Spezialinteresse haben unsere Berufsgenossen ferner an der Erledigung des Gesetzentwurfs, betreffend die Sicherung der Bauarbeiterfragen, bei dem Reichstage wieder zugegen soll.

Am Beurteilung der Arbeiterschutzmöglichkeit des sogenannten „Gesetzes der Arbeiterschutzmöglichkeit“ der sogenannten „staatsvertratenden“ Partien in glatter und heuchlerischen Worten wird es auch jetzt wieder nicht fehlen. Wie

werden abermals erleben, daß dieselben Ordnungsmänner, die unenwegt darauf bedacht sind, die Arbeitersklasse zu entstellen, zu unterdrücken und rücksichtsloser Ausbeutung zu überantworten, so dummkopfisch sind, glauben machen zu wollen, daß alles, was sie tun und lassen, „im Interesse der Arbeiter“ ist.

Und ebenso wie der mittelstandspolitische Schwindel wieder-küßt ins Kraut-siecken Konserbalwe, resp. bürgerliche Blätter haben schon angekündigt, daß ihre Parteien „diesmal mit bestemem Eifer“ im Reichstag vorgehen werden, damit „etwas zu Gunsten des Mittelstandes“ geschah. Uns kann es recht sein, wenn um so eher diejenigen kleinen Gewerbetreibenden, die noch an diesen Schwindel glauben, von diesem Nöthiglauben geheilt werden.

Wir werden natürlich, wie früher, so auch fortan unsere Fehler über alle wichtigen parlamentarischen Verhandlungen, Gesetzestexte, Petitionen &c. &c. informieren.

Das Interesse des Arbeitersklasse wird sich selbstverständlich hauptsächlich auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion konzentrieren. Von ihr allein ist ein energisches Einreiten für die Rechte, die Freiheiten, die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes zu erwarten.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

(Bericht über die fünfte Generalversammlung.)

Stuttgart, den 25. November.

Nach einer längeren Erörterung über die Befolzung der Deutschen, die schließlich in dechirantem Maße beschlossen wurde, erhielt der Bundesvorstand, *Felix* Berlin, den Jahresbericht. Darnach sind dem Bunde 10 neue Ortsverbände mit 289 Mitgliedern beigetreten. Der Bunde umfaßt nunmehr 8 Landesverbände und 97 selbständige Ortsverbände, die 886 Mitglieder zählen (im Vorjahr 630). Eine Reihe von Ortsverbänden stellte ihren Anschluß in Aussicht. Es bestehen noch außerhalb des Bundes 82 Verbände mit etwa 1600 Mitgliedern. Der Beschluss bezüglich der Kontrolle der Bauten durch Arbeiter wurde wegen des frühzeitigen Schlusses des Reichstages und des preußischen Landtages dem preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten unterbreitet. Eine Eingabe bezüglich der Einführung einer Streitkasse in den Bau- und Lieferungsverträgen, sowie der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit konnte nicht mehr vor sich gehen. Der Vorstand geht damit um, einen Arbeitsausschuß einzurichten. Über die Herauszierung fremder Arbeiter bei Streits und Ausprägungen seien in diesen Städten keine günstigen Erfahrungen gemacht worden, da Beschaffung fremder Arbeiter werde sich immer schwieriger gestalten. Einmal werde es den Gewerkschaften bei der freien Erstärkung ihrer Organisationskraft immer leichter, die Arbeitswilligen aus den Streitgebieten wieder hinzuzuschließen, sobald würden die Arbeitswilligen durch die Gesetze für Gewerkschaften und Leden, die sie durch das brutale (?) Vorgehen der Streitenden bedrohten, abgeschreckt. Ferner hätten die Maurer, in einzelnen Provinzen, z. B. in der italienischen Provinz Udine, Generalorganisationen geschaffen, die die Arbeiter von den Streitorten abtrieben. Keine Kolonienführer hätten sich von dortheren drogen erlassen, Streitbrecherdiens zu übernehmen. Ferner würden die fremden Arbeiter nach Beendigung des Streits meist sofort oder in kurzer Zeit wieder entlassen, oder es sei ihnen bei der Anwerbung nicht zugestellt worden, daß es sich um Arbeiten in Streitorten handele, was zu ungewöhnlichen Streitgefechten geführt habe. Die Verbindung der Ligen der Streitenden habe sich nach dem einstimmigen Urteil des Vorstandes nicht verändert. Die Ansicht des Vorstandes geht dahin, daß Angelegenheiten über das Suchen von Arbeitern in Deutschland zu verneinen und die Arbeiter aus dem Ausland heranzuziehen sind. Der Vorstand schloß seinen Bericht mit den Worten: „Der deutsche Arbeitgeberbund ist noch nicht so stark, daß er bei etwa eintretenden Streits und sonstigen Streitgefechten die Entwicklung herbeiführen kann; die Hauptarbeit bei Streits ist in die Ortsverbände zu verlegen. Der Bunde als solcher wird noch viel nicht durchsetzen können. Die erste Forderung ist die, daß fremde Arbeiter in anderen Orten nicht beschäftigt werden. Ist dies nicht durchzusetzen, so wird es zur geistigen Erstärkung des Bundes niemals kommen.“

Über den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen im Baugewerbe, erhielten sodann die anwesenden Vertreter aus den Streitorten Bericht. *Noval* Dresden gab dem Bunde Auskunft, daß die von den einzelnen Verbänden mit den Arbeitern abgeschlossenen Vereinbarungen einer Beurteilung des Bundes unterzogen werden, um fühlbare Fehler zu vermeiden. Der Tarifvertrag in Dresden, der mit der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen wurde, habe sich seit bemüht. Es kämen zwar Abweichungen auf beiden Seiten vor, doch wurden diese friedlich beigelegt. Sein Abschluß des Tarifvertrags sei per Mitgliedsbrief des Arbeitgeberverbands beträchtlich gesiegt, weil die Gewerkschaften die dem Arbeitgeberverbände nicht angehörigen Unternehmer vertreten und sie ständige höhere Löhne zu zahlen. Das sei nicht unbedenklich, da bei Abschluß eines neuen Tarifvertrags die Arbeiter eine Handhabe besitzen, darauf hinzuweisen, daß höherer Lohn bereits bezahlt würde. Wenn man in einem Streit oder eine Ausprägung verhindert werde, so sollte man womöglich lieber die Arbeit rüben lassen und keine fremden Leute heranziehen. *Thiemann* Köln begründete unter leidenschaftlichem Beifall die ablehnende Haltung der Cölner Unternehmer gegen Einigungsvereinübereinkommen des Gewerkschaftsverbandes. Wenn man sie gegen Einigungsvereinübereinkommen des Gewerkschaftsverbandes setzt, dann sei der Sieg der Arbeiter gesichert. Es würden ihnen dann soviel ihrer „ungehörlichen“ Forderungen bewilligt. Aus dem Cölner Tarifvertrag habe der Rechner eine Bestimmung hervor, wonach die Vertragsschließenden gezwungen sein sollen, bei Streits darin zu wirken, möglichst bald den Frieden herzustellen. Diese Verpflichtung habe aber nur der Baugewerbeverein Cöln, der Arbeitgeberverband aber könne tun, was er wolle. Es habe sich ein rheinischer Provinzialverband für das Baugewerbe gebildet, um die Nachbarschaften zu organisieren,

die sich verpflichten mühten, Streitende aus Streitorten nicht zu beschäftigen. *Gertler* Mainz und *Watz* Straßburg berichteten in der Haupthalle nur über den Verlauf der einzelnen Streits. Letzterer teilte mit, daß man grundsätzlich auf dem Standpunkt gehandelt hätte, keinen Tarifvertrag abzufüllen. *Müller* Kassel forderte eine Änderung in der Kaufmannsweise: Man müsse die Ausprägungen im großen Maßstab organisieren. In dem man sie auf die ganze Provinz und die Nachbarprovinzen ausdehne. Er schlage hierbei den Weg vor, daß nochmals der Ortsverein sein möglichstes zur Schließung der Streitigkeiten getan habe, er sich an den Bundesvorstand wende. Dieser müßt mit dem Centralverband der Arbeiter verhandeln. Wenn auch dieser Schritt gescheitert sei, sollte die Ausprägung erfolgen. Dann aber in weitem Umfang! Damit erreicht man, daß die Streits abkönnen 8-14 Tage dauern würden. Wenn das einmal durchgeführt sei, das der ganze Arbeitgeberbund den Verbinden Schutz gewähren könne, so würden sich die Arbeiterverbände hüten, mit ihm angubindern.

Die weiteren Ausführungen zu diesem Punkt waren belanglos.

Zu der Erörterung eines Arbeitsausschusses sagten sodann folgende Anträge vor: Die Arbeitgeberverbände der Provinz Brandenburg beantragten:

„Zur Entlastung des Baugewerbes einen Arbeitsausschuss einzurichten, der bei Eintritt von Arbeits-einschließungen mitwirkend eingreift und den betroffenen Ortsverbänden durch eine geeignete Periodizität direkt untersteht.“

Sodann beantragte zu der gleichen Frage der Verband der Baugewerbe von Berlin und den Vororten:

„Die Generalversammlung wolle beschließen: Zur Verleihung der Gewerkschaftsleitung, insbesondere zu einer regeren Innervation des Bundes, wird ein geschäftsführender Ausschuß eingesetzt. Dieser soll aus dem Vorstand und möglichst aus Vertretern großer Verbände bestehen und dientlichlich einmal zusammen treten.“

Dieser Antrag wurde vom Vorstand empfohlen und folgende Zusammensetzung des Arbeitsausschusses vorschlagen: Außerdem Vorständen und stellvertretenden Vorständen des Bundes sollen vertreten sein Berlin, der Provinzialverband Brandenburg, Hamburg, München, Leipzig, sowie — nach einem Antrag aus der Versammlung — der Mitteldeutsche Arbeitgeberbund mit dem Sitz in Frankfurt. Die Anträge wurden angenommen.

Nieder-Deutschlands *Wismar* und *Hamburg*: Es sei die Aufgabe des Arbeitgeberverbandes, in seinen Arbeitgeberverbänden sei überall, auch in den kleinsten Flecken, notwendig und davon anhängend müsse die Errichtung von Arbeitsnachweisen folgen. Diese gehören jedoch in die Hände der Arbeitgeber. Wer Arbeiter zu beschäftigen weiß, braucht sich von Dritten nichts in seinen Betrieb ziehen zu lassen. Er steht nicht an, zu verlieren, daß es in Hamburg gelungen sei, eine Reihe von Agitatoren durch den Arbeitsnachweis von den Baudlägen zu entfernen. Unbedingt notwendig sei ihre obligatorische Einführung. Auch soll allerorts darauf gebrüggt werden, daß nur Arbeiter mit Gültigkeitschein eingestellt werden. Nur dadurch könnten mit der Zeit geordnete Verhältnisse geschaffen werden. (Vorfall)

Der Antrag des Vorstandes lautet: 1. Es sind unvölkische Arbeitsnachweise erreichbar. 2. Es ist männlichenswert, daß alle Arbeitnehmer von dem Arbeitsnachweis befreit werden. An großen Städten wird wohl jedoch angedeutet, daß Arbeitgeber die Leute direkt annehmen können, daß sie aber hier von dem Arbeitsnachweise Mitleitung zu erhalten haben. 3. Die Arbeitsnachweise müssen die Verpflichtung übernehmen, keine Leute aus Streit- oder Sperrorten einzustellen.“

Bereitend Einführung von Arbeitszeugnissen hat der Vorstand der Generalversammlung folgenden Antrag unterbreitet:

„Ein Arbeitgeber des Baugewerbes darf einen Arbeiter entlassen, ohne ihm das geistig vorgezeichnete Arbeitszeugnis auszuhändigen. Jeder Arbeitgeber des Baugewerbes hat die Pflicht, nur solche Arbeiter einzustellen, welche im Besitz eines Arbeitszeugnisses über ihre letzte Verpflichtung sind.“

Es entsprach sich nun über diesen Punkt nicht einheitlich. *Gertler* Bremen führte aus: Man müsse hier von dem Gegner lernen, unter Gewerkschaften beschaffen und Schüler an Schüler vorgreifen. Die Einführung der Entlassungsscheine sei eine unabwählbare Notwendigkeit. *Müller* Augsburg hat gegen die Fassung des Antrags des Vorstandes gewünschte Bedenken. Die ausdrückliche Verpflichtung, nur Arbeiter mit Entlassungsschein einzustellen, sonne keinesfalls übernommen werden. Man komme sonst in die Gefahr, unter Umständen überhaupt keine Arbeiter zu beschaffen. Mit dieser Bestimmung könnte man leicht in Streitgefechten mit den Vorstandsbünden *Kiel* — *Stettin* widersprach dieser Forderung. *Bauer* Bremen führte aus: Man müsse hier von dem Gegner lernen, unter Gewerkschaften beschaffen und Schüler an Schüler vorgreifen. Die Einführung der Entlassungsscheine sei eine unabwählbare Notwendigkeit. *Müller* Augsburg hat gegen die Fassung des Antrags des Vorstandes gewünschte Bedenken. Die ausdrückliche Verpflichtung, nur Arbeiter mit Entlassungsschein einzustellen, sonne keinesfalls übernommen werden. Man komme sonst in die Gefahr, unter Umständen überhaupt keine Arbeiter zu beschaffen. Mit dieser Bestimmung könnte man leicht in Streitgefechten mit den Vorstandsbünden *Kiel* — *Stettin* widergesprochen werden. Ein Vertrag müßt unbedingt gemacht werden. Die Lage für die Arbeitgeber günstiger zu gestalten, sei der Entlassungsschein das beste Mittel. Es sei von großer Bedeutung, daß hierdurch, besonders bei Streitorten, die Herkunft des Arbeiters kontrolliert werden könne. *Beymann* Bremen betont, daß es in Bremen die Entlassungsscheine schon seit zehn bis zwölf Jahren mit geringem Erfolg eingeführt seien. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde der Antrag des Bundesvorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Der Kassenbericht erstattete *C. Jurk* Brandenburg. Die Einnahmen betrugen vom 1. Januar bis 5. November d. J. insgesamt M. 24 872,43; die Ausgaben M. 17 627,81. Weitere M. 26 765,65, in Wertpapieren M. 25 119, zuf. M. 32 765,65. Der Voranschlag für das kommende Jahr beläuft sich auf M. 11 600.

Darauf wurde zur Verabredung der eingelaufenen Anträge gebracht. Der Verband von Dresden beantragte die Annahme eines Geschäftsführers. *Kirsten* Dresden beschwerte den Antrag und legte die Gründe dar, die den Dresden-Ortsverband zu seiner Stellung gebracht haben. Die Tätigkeit des Vorstandes habe verschiedentlich für *Kirsten* Dresden geblüht. Um hier Wandel zu schaffen, sei die Aufführung eines Geschäftsführers, der ausschließlich die Verbandsgeschäfte zu besorgen hätte, nicht zu ungehen. *Felix* Breslau: die Krise der Dresdener als unberührbar mit Einigungsbehörde zurück. Es feien kleine Verschiebungen vorgenommen. Ganz verehrt sei es auch, die vermeintlichen Mängel der jetzigen Geschäftsführung als Grund für die Aufführung eines Geschäftsführers ins Feld zu führen. Ein solcher sei für die praktische Aufführung zweifellos untauglich. Ein Antrag, die Frage der Anstellung eines Geschäftsführers einer Kommission zu übertragen, wurde abgelehnt. *Herr* Frankfurt brachte eine Erklärung ein, in der dem Vorsitzenden volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Diese wurde jedoch auf Wunsch des Vorstandes zurückgezogen. *Noval* Dresden legte die näheren Umstände dar, auf Grund deren der Dresdener Verband zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen sei. Der Vorsitzende erwiderte hierauf nochmals und bat, die Sache abgetragen sein zu lassen. Die Versammlung galt den Ausführungen des Vorsitzenden sehr lobhaft und es wurde ausdrücklich bestimmt, daß dem dergleichen Vorstand volles Vertrauen entgegengebracht werde. Der Dresdener Antrag wurde dem Ausdruck überwiesen. Ohne wesentliche Erörterung gelangte sodann ein Vorschlag des Berliner Verbandes zur Annahme, wonach ein alljährlicher Jahresbericht herauszugeben werden soll; ferner soll der Vorstand gehalten, eine vergleichende Zusammenstellung der im deutschen Baugewerbe geltenden Tarifverträge auszuführen.

Den letzten Beratungsgegenstand, der eine längere Erörterung verlangte, bildet dann der von den Verbänden der Provinz Brandenburg und dem Verband Stuttgart gestellte Antrag: „In der Generalversammlung eine Aussprache herbeizuführen über die Wirkung und den Wert der Tarifverträge.“ Dieser Antrag wurde hinzugezogen. *Lilje* Potsdam legte den Tarifverträgen einen großen Wert bei. In Berlin & B. würden die Abmachungen häufig durchbrochen und ohne von 70 & für die Stunde bezahlt, also höher als der Tarif vorsteht. *Nich* Braunschweig war der Meinung, daß noch möglicher Erfahrung ein abgeschlossenes Urteil nicht möglich sei; er sei deshalb für Vertragsung der Vertrag. *Barth* Stuttgart sprach bedingungsweise für die Tarifverträge. *Barth* Stuttgart holt hervor, daß der Württemberg kein einheitlicher Vertrag den Vorhaben widersetzen kann. Mit dem Abschluß des Vertrages in Stuttgart habe man jedoch keine schlechten Erfahrungen gemacht. *Noval* Dresden trat ebenfalls für Tarifverträge ein. Ein Antrag, die Frage der Tarifverträge einer Kommission zu übertragen, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Heute Berlin bevorzugt es als den Zweck der Tarifverträge, sichere Verhältnisse zu schaffen. Man sollte jedoch selbstredend nicht für ein ganzes Land die Sache nach einem Muster schließen. In Berlin seien eben außerhalb des Verbandes stehende Kreise, die auf die tarifähnlichen Regelungen keine Rücksicht nehmen. Es kann man nur hoffen, daß man mit Tarifverträgen von zu langer Dauer soon schlechte Erfahrungen gemacht habe. Auch sollten die Verträge nicht im Sommer, wo dem Arbeitgeber durch die viele Arbeit die Hände gebunden seien, abgeschlossen werden. Zu Bremen habe man bei Abschluß des Tarifvertrages die neuständige Arbeitszeit mit Kauf nehmen müssen. Ein Antrag auf Schluß der Erörterung wurde hierauf angenommen.

Zum ersten Bundesvorstandswahl wurde *Felix* Berlin, zum stellvertretenden Vorständen *Simon* Dresden wieder gewählt. In den weiteren Ausschüssen wurden gewählt: *Arans* und *Wahl* Berlin, *Barth* Stuttgart, *Klemm* Stettin, *Noval* Dresden, *Schoeller* Magdeburg, *Thiemann* Köln, *Büschler* Mainz. Bevollmächtigt wurde noch, daß die Veröffentlichungen des Bundes in der Deutschen Arbeitgeberzeitung, in der Würt. Baugewerbe- und in der Mitteldeutschen Baugewerbezeitung erfolgen sollen. Als Ort für die nächste Generalversammlung wurden sodann Bremen, Hamburg, Magdeburg in Vorschlag gebracht. Gewählt wurde Magdeburg.

Welch gewaltiger Unterschied drängt sich schon von vornherein demjenigen auf, der das Leben auf Arbeiters Kongressen kennen gelernt und nun auch einmal Gelegenheit hat, einer Versammlung der „Arbeitgeber“ beizumessen. Schon in bezug auf die Delegierten ein großer Unterschied. Auf den Kongressen des Arbeiters meistens Leute in den mittleren Jahren bis herunter zu dem jugendlichen Nachwuchs der zwanziger Jahre; auf dem Arbeitgeberkongress fast gar keine jüngeren Leute, meistens Personen mit mächtigem Haar bis zum vollständig ergrauen Kopfe. Auf den Arbeitertagungen die volle Dezentilität auf, auf den Unternehmertagen die unmissliche Hürde von strömenden Ohren, wie sie sich auch jetzt in Stuttgart in dem Verhältnis widergespiegelt, der kurz nach Eröffnung der Generalversammlung der vor der Tür in der Halle hartenden wenigen Nichtdelegierten verdrängt wurde. Die Vertreter der Presse sind zugelassen, dagegen wird etwaigen Verbandssekretären*) u. w. der Zutritt verweigert. Diese Feindseligkeit erzieht uns um so weniger angebracht, als wir im Verlaufe der Versammlung die Erörterung machen müssen, daß das, was vielleicht für die Ohren der Verbandssekretäre, Agitatoren, Delegaten, Außenseiter so gefährlich wäre, am vorhergehenden Tage in Vorstand und Ausschusssitzungen, wie „Unter uns“ (Fassadenhinter) erlebt worden war. Wo zu unter solchen Umständen denn noch die Dezentilität befrüchtet? Oder glaubt vielleicht die Herren *Arbeitgeber* die volle Dezentilität auf, um den Unternehmern, den Gewerkschaften die unmissliche Hürde von strömenden Ohren, wie sie sich auch jetzt in Stuttgart in dem Verhältnis widergespiegelt, der kurz nach Eröffnung der Generalversammlung der vor der Tür in der Halle hartenden wenigen Nichtdelegierten verdrängt wurde. Die Vertreter der Presse sind zugelassen, dagegen wird etwaigen Verbandssekretären*) u. w. der Zutritt verweigert. Diese Feindseligkeit erzieht uns um so weniger angebracht, als wir im Verlaufe der Versammlung die Erörterung machen müssen, daß das, was vielleicht für die Ohren der Verbandssekretäre, Agitatoren, Delegaten, Außenseiter so gefährlich wäre, am vorhergehenden Tage in Vorstand und Ausschusssitzungen, wie „Unter uns“ (Fassadenhinter) erlebt worden war. Wo zu unter solchen Umständen denn noch die Dezentilität befrüchtet? Oder glaubt vielleicht die Herren *Arbeitgeber* die volle Dezentilität auf, um den Unternehmern, den Gewerkschaften die unmissliche Hürde von strömenden Ohren, wie sie sich auch jetzt in Stuttgart in dem Verhältnis widergespiegelt, der kurz nach Eröffnung der Generalversammlung der vor der Tür in der Halle hartenden wenigen Nichtdelegierten verdrängt wurde. Die Vertreter der Presse sind zugelassen, dagegen wird etwaigen Verbandssekretären*) u. w. der Zutritt verweigert. Diese Feindseligkeit erzieht uns um so weniger angebracht, als wir im Verlaufe der Versammlung die Erörterung machen müssen, daß das, was vielleicht für die Ohren der Verbandssekretäre, Agitatoren, Delegaten, Außenseiter so gefährlich wäre, am vorhergehenden Tage in Vorstand und Ausschusssitzungen, wie „Unter uns“ (Fassadenhinter) erlebt worden war. Wo zu unter solchen Umständen denn noch die Dezentilität befrüchtet? Oder glaubt vielleicht die Herren *Arbeitgeber* die volle Dezentilität auf, um den Unternehmern, den Gewerkschaften die unmissliche Hürde von strömenden Ohren, wie sie sich auch jetzt in Stuttgart in dem Verhältnis widergespiegelt, der kurz nach Eröffnung der Generalversammlung der vor der Tür in der Halle hartenden wenigen Nichtdelegierten verdrängt wurde. Die Vertreter der Presse sind zugelassen, dagegen wird etwaigen Verbandssekretären*) u. w. der Zutritt verweigert. Diese Feindseligkeit erzieht uns um so weniger angebracht, als wir im Verlaufe der Versammlung die Erörterung machen müssen, daß das, was vielleicht für die Ohren der Verbandssekretäre, Agitatoren, Delegaten, Außenseiter so gefährlich wäre, am vorhergehenden Tage in Vorstand und Ausschusssitzungen, wie „Unter uns“ (Fassadenhinter) erlebt worden war. Wo zu unter solchen Umständen denn noch die Dezentilität befrüchtet?

*) Wie wir nachdrücklich von Teilnehmern der Generalversammlung erfahren, soll bei der Belehrungssitzung über die Dezentilität der Verhandlung von einer Annahme der Gewerkschaftssekretäre usw. gar keine Rede gewesen sein. Es kommt darum die dabringende Meldung an Vertreter der Presse auf einem Mittwoch des Mittelalters verhakt zu haben, der jedenfalls seinem persönlichen Wunsche damit Ausdruck geben wollte.

zu zahlen haben, wie Cassel zum Beispiel in diesem Jahre, sondern das gleich zu bis 30 Crt., ja ganze Provinzen diese Gewaltmaßregel anwenden sollen, um in zwei bis drei Wochen die Fäste der Arbeiter zu sprengen! Oder dienten es die „Verbandsfettsäure“ nicht dazu; das derselbe Herr erklärte: Die Polizei habe den Unternehmern geheiliche Dienste geleistet: sie sei aber zu schwach gewesen, um zu verhindern, daß die Casseler Maurer die teuren Arbeitswilligen nach Hudecken abholten.

Viechels in die Furcht der hohen Oeffentlichkeit darin zu suchen, daß man die Kenntnis der Arbeiter habe, die Stärke und Geschäft der Unternehmungsorganisation unterschätzt. Wir haben auf diesen Arbeitsvertrag nichts besonders überzeugendes gehört, wenn auch manches gefallene Wort, manche Ausdeutung verdient erhalten zu werden. Selbstreden war der Vorsteher, der alle „Dulc“ feierte, sowohl in seinen eigenen Ausschüttungen, wie in der Führung der Präsidialgeschäfte bewußt, soweit als möglich alles hinauszuhalten, was auch nur zur öffentlichen Kritik Anlaß geben könnte. Freilich ist ihm dies nicht im polten Maße gelungen.

Die Ausprägung in Dresden muß den dortigen Unternehmern sehr wehe getan haben, daran läßt der Auspruch des Herrn Noack schließen: Man sollte es heute nur noch zum Streit kommen lassen, wann alle Kaufleute ruben können. Einem Maurerfreit in Altmühl und in Silesien gehörte, wenn auch manches gefallene Wort, manche Ausdeutung verdient erhalten zu werden. Selbstreden war der Vorsteher, der alle „Dulc“ feierte, sowohl in seinen eigenen Ausschüttungen, wie in der Führung der Präsidialgeschäfte bewußt, soweit als möglich alles hinauszuhalten, was auch nur zur öffentlichen Kritik Anlaß geben könnte. Freilich ist ihm dies nicht im polten Maße gelungen.

Die Ausprägung in Dresden muß den dortigen Unternehmern sehr wehe getan haben, daran läßt der Auspruch des Herrn Noack schließen: Man sollte es heute nur noch zum Streit kommen lassen, wann alle Kaufleute ruben können. Einem Maurerfreit in Altmühl und in Silesien gehörte, wenn auch manches gefallene Wort, manche Ausdeutung verdient erhalten zu werden. Selbstreden war der Vorsteher, der alle „Dulc“ feierte, sowohl in seinen eigenen Ausschüttungen, wie in der Führung der Präsidialgeschäfte bewußt, soweit als möglich alles hinauszuhalten, was auch nur zur öffentlichen Kritik Anlaß geben könnte. Freilich ist ihm dies nicht im polten Maße gelungen.

Die Ausprägung in Dresden muß den dortigen Unternehmern sehr wehe getan haben, daran läßt der Auspruch des Herrn Noack schließen: Man sollte es heute nur noch zum Streit kommen lassen, wann alle Kaufleute ruben können. Einem Maurerfreit in Altmühl und in Silesien gehörte, wenn auch manches gefallene Wort, manche Ausdeutung verdient erhalten zu werden. Selbstreden war der Vorsteher, der alle „Dulc“ feierte, sowohl in seinen eigenen Ausschüttungen, wie in der Führung der Präsidialgeschäfte bewußt, soweit als möglich alles hinauszuhalten, was auch nur zur öffentlichen Kritik Anlaß geben könnte. Freilich ist ihm dies nicht im polten Maße gelungen.

Diese Erklärung ist ohne Widerspruch seitens des Bundesvorstandes und der Versammlung geblieben und diese Identität ist damit Gemeineigentum des Arbeitgeberbundes geworden. Wir werden uns dies zu merken haben. Unsere Cölnner Kollegen brauchen aber trotzdem noch keine so scharfsichtige Angst zu bekommen, denn außer viel rechtensichtiger Sprüche über die „schwungvolle“ Wölfe in Dresden über den „Sturz von Thron und Altar“, über die „Münzpartei“ u.s.w. die allerdings mit grossem Pathos vorgetragen, und mit französischem „Bravo“ belohnt wurden. Außer diesen Redensarten waren die Ausführungen des Herrn Thiemann ziemlich kleinlaut: „Wir Cölnner werden uns vor Sperren hüten, so lange nicht die Nachbarorte organisiert sind, die die Streitenden mit offenen Armen aufzunehmen haben“, so lautete der Schluss des eigentlichen Berichtes, dessen Schlußfolgerungen durch die erwähnten abgedrohten Wahlen zu verhindern allerdings nötig war, um niemand den Magen zu verderben.

Hochgerichtet war es gegenüber, von anderen Delegierten verschiedenster Seite konstatieren zu hören, daß die Arbeitgeberorganisationen keine Feindschaftifikat treiben, vielmehr mit allen Schäden daraus seien, daß eingegangene Verträge auch voll und ganz von Seiten der Arbeiter gehalten werden müssen. Ausdrücklich herabgesetzt wurde dies von den Vertretern von Dresden, Stuttgart, Berlin und Bremen. Ein Delegierter der sogenannten Stadt forderte die Unternehmer ein, in Zukunft direkt mit den Zentralvorständen der Gewerkschaftsorganisationen die Tarifverträge abzuschließen, nicht mit Gesellenausschüssen, Kommissionen usw. Die Bremer haben z.B. bestmöglich der Klumpen den Vertrag mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbands in Stuttgart abgeschlossen.

Die Zentralvorstände hätten die beste Garantie für Einhaltung abgeschlossener Vereinbarungen.

Wer sich noch der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes in Karlsruhe vor vier Jahren erinnert, der weiß, daß damals die Mode davon war, eine Million anzuhallen, um damit die Verhinderung der Arbeiter zu verhindern. Davor hörte man in Stuttgart nichts mehr. Der Cölnner Delegierte gab an, daß viele Mitglieder in Köln nicht zahlten und wenn sie dann gebahnt würden, ebenso abgezogen würden. Wenn Gebautraume, aber mit es auch ziemlich nötig aussehen mit dem Zahlen. Man traute sich nicht einmal, die mit Beiträgen reichhäuslichen Verbände auf der Generalversammlung zu versetzen. Bei Veranlassung der Aufstellung eines besoldeten Geschäftsführers erklärte Viechels: „Wir haben nicht die Mittel dazu.“ Das heißt bei uns in mir das weniger ist! (Allgemeine Deuterkeit.) Bei einer anderen Gelegenheit meinte ein Delegierter aus Premerhaven, in einem jordanischen Arbeitgeberbund könne doch die Wellefrage keine Rolle spielen. Herr Viechels belehrte ihn eines Besseren, indem er mit verständnisvoller Miene antwortete: „Das kenne ich besser.“

Dass Agitation nicht so leicht zu betreiben ist, wie es sich mancher vorstellt, hat auch der Arbeitgeberbund schon herausgefunden. Weil der Kapuzinerzögling, Dr. Franz Hoherbrunner, kein Hochmann und vornehmlich deshalb zur Agitation immer den indifferenteren Bauunternehmern nicht gejagt war, müsste er erläutert werden. (Wem fällt das nicht der Habsburgermeisterliche Agitationsartikel ein: „Eine Stunde wider den heiligen Geist“!) Eine geeignete Kraft zu bekommen, sei nicht so leicht. Die Danielshäuser haben die Agitation allerdings schon etwas besser los. Die Hamburger vereinigen alles, was am Bau trahelt, in einer

Organisation, sagt Herr Zummoert. Die Versammlungen finden in der Hamburger Börse statt, und für den Fall einer Auspfernung werden losgelöst, gar nicht zu nennende Summen gezeichnet. Die Bremer Agitationsmethode interessiert uns aber am meisten. Herr Bauer sagte darüber: Bisher in Bremen haben es so gemacht: Unter Vorsteher hat einer Baugewerbebetreibenden (anlässlich des Steinmetzstreits) zu einer Versammlung eingeladen. Es wurden dann die Eltern geladen und nun hieß es: Entweder eintreten oder aber raus. Dadurch hat sich unsere Mitgliedszahl in kurzer Zeit von 147 auf 680 erhöht.

Etwas schmucke Wäsche hatten die Dresdener Delegierten nach Stuttgart mitgebracht, doch Herr Viechels wollte abholen nichts von der Wäsche wissen. Das ist ja ein ganzes Stück von Dörfern, die ich gar nicht alle im Kopfe behalten kann“, meinte Herr Viechels. Es wäre mir der Ausdruck in der Aufsichtsverfügung genug gewesen. Die vielen unberedigten Vorwürfe gegen den Vorstand brachten in der Oeffentlichkeit nicht wiederholt werden. Die Vorwürfe bezogen sich in der Hauptrede auf Nichtausführung vorigjähriger Beschlüsse, Verletzungen eines Briefes, Verschleppung von wilden Arbeitern, niedriges Gehalt, Untozolle u.s.w. Kurzum, den Dresdenern war zu wenig und zu langsam gearbeitet worden, was sie dem Bündesvorstand gegenüber einmal in einem Brief ausdrückten mit dem Worten: Der Vorstand lädt nicht auf. Deshalb sollte der beobachtete Geschäftsführer angeklagt werden. Und der jetzt eingetragene Arbeitgeberbund entsprach den gleichen Motiven. Ob dieser nun mehr leisten wird wie sein Vorgänger, der Vorstand, muß abgewartet werden. Uns soll es gleich sein.

Allerdings ist alles genommen, kann man sagen, daß der Arbeitgeberbund rechtlich geachtet macht, ohne daß etwas dahinter steht. Wenn auch in manchen Organisationen noch in mancher Hinsicht recht mangelhaft sind, soviel steht fest: wenn in bezug auf Organisation und Agitation in lebhafter Weise weiter gearbeitet wird, haben wir den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht zu fürchten. Solcheart drückt sich auch in unseren Kreisen, die Ansicht immer mehr. Dabei, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe von Organisation zu Organisation geregt werden müssen. Zu einem Bundesbeschluß über vororative Arbeitsverträge ist es ja auch diesmal nicht gekommen, aber die Gegenseite trifft doch nicht mehr so schwer wie früher hervor.

Die Arbeitgeberbund wurde der Vorsteher wieder eingestellt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Selbst den „Arbeitswilligen“ wurde es zu tun in Dresden auf dem Bau der Unternehmung Gebr. Heinrich. Dort waren seit geraumer Zeit die Maurer Gebr. Dürichen. Von ihnen ist keiner mehr, die schon viele arbeitsfähige Männer zu Gesangnis verschafft haben. Am Dienstag voriger Woche haben nun auch die alten 80 „Arbeitswilligen“ die Arbeit am Neubau des Spar- und Bauvereins niedergelegt. Sie erklärten, nicht mit den Gebrüdern Dürichen zusammen arbeiten zu wollen, um sich nicht der Schande auszusetzen, mit ihnen in Streit zu kommen und infolgedessen ins Gefängnis zu wandern. Die Baumeister Gebrüder Heinrich, die mit den beiden Dürichen allein den Bau nicht fertig machen könnten, wandten sich sofort an die Arbeitnehmerkommission. Der Betriebsaufsichtsrat der Maurer hatte es zum Erbittfeld soweit gebracht, daß die Arbeit von den Maurern fortgesetzt wurde. Zu Mittag legten sie die Arbeit von neuem wieder. Jetzt lieben sie sich nicht wieder darum, die Arbeit aufzunehmen, obgleich vom Verbande die Unterstützung verlangt wurde. Am Abend entließen die Herren Baumeister die Dürichen. Die Arbeitnehmerkommission batte sich selbigen Tages auch noch mit dieser Sache beschäftigt. Da aber infolge der Entlassung der beiden Dürichen die anderen Maurer die Arbeit wieder aufnahmen wollten, so wurde die Kommission einig, die Sache als erledigt zu betrachten.

Der Streit in Emden besteht unverändert. Der Zugzug ist nach wie vor fernzuhalten.

In Obermünden haben unsere Kollegen Differenzen mit dem Unternehmer Tölzer, der mit der Zurufziehung seine schriftliche Bewilligung drohte, nachdem er vom Gewerbege richt zur Zahlung von 48 Pf. Stundenlohn bewilligt worden war. Später wahr scheinlich.

In Cölln wurde über den Unternehmer Fritsch die Sache verhandelt, weil er den verabredeten Lohn nicht zahlte. In Dortmund legten unsere Kollegen Differenzen mit dem Unternehmer Tölzer, der mit der Zurufziehung seine schriftliche Bewilligung drohte, nachdem er vom Gewerbege richt zur Zahlung von 48 Pf. Stundenlohn bewilligt worden war. Später wahrscheinlich.

In Cölln wurde über den Unternehmer Fritsch die Sache verhandelt, weil er den verabredeten Lohn nicht zahlte. In Dortmund legten unsere Kollegen Differenzen mit dem Unternehmer Tölzer, der mit der Zurufziehung seine schriftliche Bewilligung drohte, nachdem er vom Gewerbege richt zur Zahlung von 48 Pf. Stundenlohn bewilligt worden war. Später wahrscheinlich.

In Cölln wurde über den Unternehmer Fritsch die Sache verhandelt, weil er den verabredeten Lohn nicht zahlte. In Dortmund legten unsere Kollegen Differenzen mit dem Unternehmer Tölzer, der mit der Zurufziehung seine schriftliche Bewilligung drohte, nachdem er vom Gewerbege richt zur Zahlung von 48 Pf. Stundenlohn bewilligt worden war. Später wahrscheinlich.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Gau Leipzig.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir die Gaukonferenz auf Sonntag, den 17. Januar 1904, nach Altenburg ein. Lokal „Gasthaus zum Adler“, Kesselgasse 19. Beginn Vor mittags 11 Uhr.

Tagesordnung: 1. Situations- und Rassenbericht des Gauvorstandes. 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Allgemeine Anträge. 4. Neuwahl des Gauvorstandes und der Revisoren.

Mit kollegalem Gruss.

Der Gauvorstand. J. A. G. Jacob, Vorsteher.

Gaukonserven in Erfurt.

Am Sonntag, den 22. November, tagte in Erfurt, im „König von Preußen“, die diesjährige Gaukonferenz. Nach der Eröffnung durch den Gauvorsteher, Kollegen Schenck, der grüne der Gesangverein „Aberstern“ die Delegierten mit einem wortvollen Vortrag eröffnete. In das Bureau wurden die Kollegen Schenck und Leube-Gotha als Vorsitzende und Jäger und Krauthaus als Schriftführer gewählt. Die vom Gauvorstand festgesetzte Tagesordnung wurde angenommen. Nach der Präsentation waren 22 Delegierte, die 20 Zweigvereine vertreten, anwesend. Nicht vertreten waren: Eisleben, Altenburg, Schmölln, Sondershausen, Sondershausen, Friedersdorf, Mössbach, Mühlberg, Röbnick und Salzwedel. Sie leben lebendig. Zweigvereine fehlten auch voriges Jahr schon. Vom Verbandsvorstand war Kollege Böhmeburg anwesend. Schenck berichtete über seine im Gau enthaltene Tätigkeiten. Die Arbeitsgelegenheit war mäßig. Einige Orte haben solten Gedächtnisgang, während in anderen Zweigvereinen die Kollegen logar im Hochsommer wegen Arbeitsmangels arbeitslos waren. In den Zweigvereinsorten mit stolzen Geschäftsgang war der Ausdrang von Maurern stark, was viele Neugründungen zur Folge hatte. Zuletzt waren am Quärtalschluss viele der neuangefommnen wieder verloren gegangen. Es ist wohl leicht, Aufnahmen zu machen, aber die Mitglieder der Organisation zu erhalten, misst erst recht die Aufgabe der Zweigvereine sein. Im Bereich des Gaus gibt es noch von uns aufgenommene Städte in: 416 Orten 6518 Maurer. Davon gehören 2454 dem Verband an. Die Zahlen zeigen, daß erst ein Drittel der thüringer Maurer organisiert ist und das viel geben werden muss, um alle Industriestandorte Neiß zu ziehen. Als geeignetes Mittel wird vom Gauvorsteher die Hausaktion bezeichnet. Die Durchschnittsleistung im Markenland betrug im Gau im Jahre 1901: 34, im Jahre 1902: 35; die Durchschnittsleistung in anderen Gauen beträgt 36 und 37. Durch die Einführung der Beiträge in den Wohnungen der Mitglieder dürfte auch unter Gau eine höhere Durchschnittsleistung erreichen. Es sind bei Versammlungen, 51 Sitzungen und 11 Versprechungen mit Verbandsmitgliedern abgehalten worden. 12 Abrechnungen mussten vom Gauvorstand gemacht und 12 Tage zur Beaufsichtigung von Streiks und Sperren aufgewendet werden. Der Gauvorstand hat 6 Sitzungen abgehalten. Durch unzählige Umfragen wurde verucht, Verbindung anzutreffen in: Bützow, Belm, Steinhude, Sondershausen, Saalfeld, Meiningen, Schleusingen und Königsberg; durch schriftliche Verträge in Bangendorf, Weida, Kahla und Schleizheim. Die Korrespondenz gehaltete sich wie folgt: Ausgang: 181 Partien, 194 Briefe, 262 Drucksachen, 16 Gedenkblätter, 19 Partien, 2 Telegramme, 14 Anträge beginnend mit Rundschreiben verschiedenster Inhalte; Eingang: 117 Briefe, 97 Partien, 10 Telegramme, 96 Briefe, 8 Drucksachen, 72 Gedenkblätter. Gesamttausgang: 707, Gesamtanfang: 400. Da die Korrespondenz immer größer wird, zieht Kolleg Schenck den eingehenden Zweigvereinsbericht mehr Rücksicht. Auch sollen die Kassiere die Gelder an die Hauptställe monatlich abliefern und nicht, wie es bei einzelnen Zweigvereinen üblich ist, das Geld in der Kommode liegen lassen, um am Quärtalschluss im „Grundstein“ mit hohen Summen zu glänzen.

Die Jahresabrechnung lag schriftlich vor. Die Einnahme betrug M. 2808,09, die Ausgabe M. 3038,75, Bestand M. 189,84. In der Diskussion rägte der Kassierer Jäger die Nichtbeachtung der vorsätzlichen Abreise des Kassierers. Walter-Audolfstadt berichtete, daß man verflucht habe, Hausagitation zu betreiben, aber die Kollegen befürchten Wahlregelung. Das Einkassieren der Beiträge in der Wohnung sei einerseits gut, habe aber schwachen Verzammlungsbedarf zur Folge. Lauterwald-Nordhausen betonte, daß Hausagitation von großem Nutzen sei, sie müsse von älteren Kollegen ausgeführt werden. Die Organisation gewinne an Einheitlichkeit, während sich die Meister selber den Regelungen an den Handwerkerbund wenden, wenden sie sich jetzt an die Verbandsorganisation. Lauter-Gotha bewertete, daß Kassierer in den kleineren Ortschaften sei schwierig; auch er sei Gegner des Ansaufens der Gelder und empfiehlt wöchentliche Abhandlung. Die Hausagitation sei von großer Wirkung und besonders in den Städten müsse sie betrieben werden. Kinderwagen-Mühlhausen: Daß in der Mitgliedsbetreuung eine so große Fluktuation herrsche, sei sehr bedauerlich. Dies müsse den Einwohnern geben, die Kollegen in den ländlichen Orten mehr aufzuzeigen. Den einzelnen Zweigvereinen müsse mehr Geld zur Agitation zur Verfügung stehen. Hierauf wurde dem gesamten Gauvorstand Decharge erklart.

Zum Punkt 8: Agitation und Lohnbewegung, hielt Kollege Bömelburg das einsetzende Referat; die Hausagitation und besonders die Feststellung der Zahl der Maurer in den einzelnen Orten sei von besonderer Bedeutung. Durch die Hausagitation bekommen wir Einblick in die offizielle, wahrigen Verhältnisse der Kollegen und zugleich eine Waffe, den Kollegen zur Verbesserung seiner Lage anzubieten. Auch müssen wir die Maurer, die nicht in der Stadt arbeiten, organisieren. Die Agitation müsse systematisch betrieben werden. Einzelne Zweigvereine hätten auf diesem Gebiet gut gearbeitet, andere werden nicht. Lohnbewegungen hatten eingetreten: Arnstadt, Erfurt, Eisenach, Görlitz, Altenburg, Abwehrskampf, die Kollegen in Eisenach und ausgespielt waren. Es fehlt der Kollegen in Eisenach. Pflicht der Zweigvereine sei es, bei Lohnbewegungen den Gauvorstand hinzuholen und gemeinschaftlich über die Schläge zu beraten (daher würden solche Schreiben, wie uns von Sonnenberg vorliegt, verstanden werden). Man müsse die Arbeitsgelegenheit untersuchen, wie viele Kollegen organisiert und bereit sind, in den Kampf einzutreten. Wenn so vorausgesetzt werde, könne es nicht vorkommen, wie in Eisenach, wo 80 Kollegen in Arbeit verblieben. Unter solchen Umständen ist der Kampf von vornherein illusorisch. In der Diskussion verlangte Lauterwald, daß das Gießstätt bester bearbeitet werde. Mödr-Gefurt wünscht den Ausbau der Organisation besonders da zu betreiben, wo die meisten Kollegen nach Erfurt zu Arbeit kommen. Rennert-Eisenach betonte, durch die Ausweitung seien die indifferenzen Kollegen der Organisation zugeführt worden. Man könne mit dem Stand der Organisation zufrieden sein. Leube-Gotha befürchtete die Lohnbewegung im allgemeinen, ferner die Baugagitation. Bömelburg: Aus den Berichten geht hervor, daß es an der Geschäftsschule der Kollegen in Gau steht, denn sonst könnte solche Zustände, wie sie in Thüringen vorherrschen, nicht vorkommen. Die meisten Thüringer Maurer hätten nicht den Mut, in den Kampf für die Organisation und damit für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Besonders nötig sei es, das süde Land kräftig zu bearbeiten. Die Baugagitation müsse betrieben werden, jedoch eineinhalb jenen Nebenkollegen fragen: Was Du im Verbund* und im Falle der Vereinigung zur Erwerbung der Mitgliedschaft anhalten. Wie es früher Brauch war, Einstand zu geben, so mußte jetzt das erste sein, das der Kollege sein Verbandsbuch vorzeige. Bei Lohnbewegungen sei es unerlässlich, daß man sich genau über alles notwendige informiere und daß sich alle Kollegen mit dem Streitreglement vertraut machen. Nach einigen weiteren Bemerkungen wurde die Diskussion über diesen Punkt geschlossen.

Anträge hatten gestellt: Coburg, Mühlhausen und Finsterbergen. Der Antrag Coburg wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Der Antrag Mühlhausen erledigte sich von selbst. Der Antrag Finsterbergen wurde dem Gauvorstand zur Regelung überwiesen. Das Gauregulat wurde von der Konferenz genehmigt. Vor der Wahl des Gauvorstandes wurde die Geballtsfrage geregelt. Mödr betrug das Schalt des Gauvorstehenden A. 120 monatlich, es wurde um A. 10 pro Monat erhöht und soll jedes Jahr um weitere A. 10 pro Monat steigen bis zu der vom Verbundtag gewünschten Minimalgrenze von A. 150. Dem Kassierer bewilligte die Konferenz A. 25. Zum Gauvorstand wurde Kollege Schenck einstimmig wiedergewählt, desselben Kassierer Jäger. Als Schriftführer bzw. Bevollmächtigten gewählt: Goßmann, Mähr und Lorenz, als Bevollmächtigter Hoss und Wostenhauer. Mit einem Dank an die Konferenzteilnehmer und einem Hoch auf den Verbund wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

* Den Kollegen des Zweigvereinsbezirks Ahendorf soll hiermit ausdrücklich gezeigt werden, die Versammlungen in Zukunft reger zu beschließen, als es jetzt in diesem Jahre geschehen ist. Haben die Kollegen noch nicht darüber nachgedacht, wie schwer es ist, ein Votum zu erhalten, in dem die Arbeiter ihre Interessen beraten können? Es ist schamhaft, wenn man sieht, wie in einer Versammlung drei bis fünf Männer sitzen. Da kann man im ganzen Sommer keine Versammlung zu Ende gelommen haben, dachte ich doch, daß die Kollegen hätten nun nachgerade ein Bedürfnis, sich gegenständig wieder einmal auszusprechen. Aber haben die Kollegen vorgesehen, wie hier nicht nur die Meister, sondern auch verdieneidene Maurer ein Interesse daran haben, den Lohn zu verlangsamen? Ich erinnere an den Bau des Pulverbaußels, wo der Lohn mit einem Schlag von 40 auf 33 kräftig herabgesetzt wurde. Dank der Einmütigkeit der Kollegen wurde dieser erste Schlag durch die einstige Sverta abgewehrt. Jetzt heißt es aber aufzupassen, sonst wird es bei der heutigen Baustauschheit den Meistern doch gelingen, den Lohn wieder dahin zu bringen, wo er vor acht bis zehn Jahren stand. Darum, Kollegen, kommt alle Mainz zur nächsten Versammlung. Merkt nicht den "Grundstein", wenn ihn der Bauschlosser bringt, auf den Schrank, sondern lest ihn gründlich durch. Da jetzt auch die Zeit bald vorbei ist, wo es Sonntags etwas zu schwärmen gibt, so werden jeden zweiten Sonntag im Monat wohl einige Stunden freigemacht zum Besuch der Versammlungen. Unsere heutige Tätigkeit wird sogar von den Meistern so gering eingeschätzt, daß sie es nicht mehr für nötig hält, unter Versammlungen zu überwachen. Da nun ein Teil der Maurer für unsere Sache schwer zu haben ist, möchte ich doch die über-

zeugten Kollegen bitten, recht lässig zu agitieren, damit wir vorwärts machen. Gwar zähle der Zweigverein am Ende des dritten Quartals acht Mitglieder mehr, als im vorhergehenden, diejenen haben sich aber die alten Mitglieder nicht zugeschrieben, sondern die Kollegen sind aus eigenem Interesse und aus eigener Überzeugung gekommen. Wenn jeder so agitiert, wie er seine Beiträge bezahlt, so hätten wir wohl einige Mitglieder mehr. Am 20. Dezember ist die nächste Versammlung. Die Verbandsbücher sind zweck Adhäsion einzubringen. Die Verbandsbücher sind zweck Adhäsion einzubringen.

Sonntag, den 22. November tagte in Bergen a. R. eine öffentliche Bauarbeiterversammlung mit der Tagessordnung: Missstände im Baugewerbe und Verschiedenes. Der Vorstand des Zweigvereins hatte in der vorhergehenden Woche eine Bautenkontrolle veranstaltet. Über ihren Verlauf und die vorgefundene Missstände berichtete Kollege Albert Vogel. Ermittelten wurden 19 Neubauten und 6 Durchgangsgebäude, wobei 8 Polizei, 8 Gestellen, 36 Arbeiter und 15 Lehrlinge beschäftigt waren. Außerdem waren bei ermittelten Schreinereien 8 Gestellen und 1 Lehrling beschäftigt. Davon sind organisiert 7 Polizei, 84 Gestellen und 27 Arbeiter; unorganisiert 1 Polizei, 5 Gestellen und 9 Arbeiter. Beim Unternehmer Ehr. Jaschinski, Bau-Krammer in Bergen, fehlt die Baubude ganzlich. Die Arbeiter münzen auf dem Gesellschaftsspiel im Lagerraum viele Maßzeiten einnehmen. Beim Unternehmer E. Jaschinski, Bau Viehlan in Bergen, ist die Baubude im Keller des Neubaus; sie fehlt der Abort. Beim Unternehmer Waldmann, Bau in Bünz, ist die Baubude sehr mangelhaft; beim ebenfalls Unternehmer in Bünz ist die Baubude sehr mangelhaft; es fehlt der alte Hubboden, auch ist sie nicht belastbar. Die Balkenlage war sehr mangelfhaft abgedeckt, trotzdem die Zimmerer beim Mieten beschäftigt waren. Beim Unternehmer Gabbert in Bünz, Margaretenstraße, ist die Baubude im Keller des Neubaus und ist nicht belastbar. Bei demselben Unternehmer, an der Strandpromenade, wo die Balkenlage sehr mangelfhaft abgedeckt; der Keller war überhaupt nicht abgedeckt. Beim Unternehmer Wohl, Bau in Bünz, ist der Abort sehr mangelhaft; die Tür fehlt, die Wände sind mit Tannenreisig ausgedämmt. Die Fenster sind nicht angebracht. Beim Unternehmer Meißling in Bünz, Bau Martwardt, waren der Keller und die Börsenloge nicht abgedeckt, trotzdem die Zimmerer bei zeitweise herrschendem Sturmtief beim Aufstellen des Dachstuhls waren. Der Abort besteht aus vier Blöcken; der Dachstaudraum ist mit Tannenreisig ausgedämmt, das Dach fehlt, Siz und Totholz sind zerlegt durch einen runden Anschlag. In den Abort kann man nach oben Seiten von der Straße aus hineinsehen. Bei demselben Unternehmer, Bau Staats in Bünz, besteht das Dach des Abortes aus Tannenreisig. Verbandsbücher fehlten auf sämtlichen Bauten, mit Ausnahme derjenigen des Unternehmers Gabbert. Da unsere Versammlung nicht politisch überwacht war, wurde beschlossen, diese Missstände einzeln aufzuführen, dem höchsten Landratsamt einzurichten, mit dem Gründen zu prüfen, in erster Linie den Unternehmer Gollers. Um mit der Arbeit wenigstens teilbar fortzufahren, hat E. einige Sonntagsarbeiter ange stellt, meistens sind es wohl frühere Handlanger. Dielen Frevel wollte sogar die Natur nicht leiden. Ein leichter Windstoß biles die Arbeit der Streitbrecher um, so daß sie vollständig vernichtet wurde. Die ganze Giebelwand und noch einiges mehr ist eingestürzt. In der Verhandlung wurde aber auch konstatiert, daß die Herren Streitbrecher nicht die alleinigen Schuld haben. Herr Gollers soll nämlich eine ausgesuchte Art der Möbelbereitung kennen. Er läßt nämlich drei Fuß breit Sand aufziehen, darüber drei Sack sogenannte hydraulischen Kästen, die nötige Wasser dazu und der Möbel ist fertig. Wörder Einsturz eine halbe Stunde später poliert, so waren wahrscheinlich einige Menschenleben vernichtet worden. Ebenfalls wurde in der Verhandlung auf die unzureichende Aufsicht der Baupolizei hingewiesen in betreff der Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen. Allen Missständen müssen die Bonner Maurer ernstlich entgegen treten. Und zwar bald. Der Winter muß zur energetischen Agitation benutzt werden.

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung der Maurer wurde der Kollege Rüdder als Delegierter zu der Gaukonferenz in Stettin gewählt.

Am 22. November wurde in Bonn eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten, die sehr gut besucht war. Kollege Rehder-König sprach über: Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer. Da, wie bekannt, die Maurer von Bonn in einer Lohnbewegung stehen und die Forderung: Erhöhung von 40 auf 45,-, von den Unternehmern scharfe abgewiesen wurde, jahres wir uns deran, einzelne Bauten zu prüfen, in erster Linie den Unternehmer Gollers. Um mit der Arbeit wenigstens teilbar fortzufahren, hat E. einige Sonntagsarbeiter ange stellt, meistens sind es wohl frühere Handlanger. Dielen Frevel wollte sogar die Natur nicht leiden. Ein leichter Windstoß biles die Arbeit der Streitbrecher um, so daß sie vollständig vernichtet wurde. Die ganze Giebelwand und noch einiges mehr ist eingestürzt. In der Verhandlung wurde aber auch konstatiert, daß die Herren Streitbrecher nicht die alleinigen Schuld haben. Herr Gollers soll nämlich eine ausgesuchte Art der Möbelbereitung kennen. Er läßt nämlich drei Fuß breit Sand aufziehen, darüber drei Sack sogenannte hydraulischen Kästen, die nötige Wasser dazu und der Möbel ist fertig. Wörder Einsturz eine halbe Stunde später poliert, so waren wahrscheinlich einige Menschenleben vernichtet worden. Ebenfalls wurde in der Verhandlung auf die unzureichende Aufsicht der Baupolizei hingewiesen in betreff der Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen. Allen Missständen müssen die Bonner Maurer ernstlich entgegen treten. Und zwar bald. Der Winter muß zur energetischen Agitation benutzt werden.

Eine öffentliche Maurerversammlung tagte am 26. Novbr. in Bremerhaven in großen Colosseumsäale. Durch die ungünstige Witterung war der Besuch etwas beeinträchtigt, immerhin waren etwa 30-40 Personen erschienen. Reiterer war Bömelburg-Hamburg, der über den Centralverband der deutschen Maurer in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft referierte. Reiterer führte eine folgende aus: In der Entwicklung der Maurerorganisation sind drei Perioden zu unterscheiden. Die erste Periode umspannt den Zeitraum von der Gründung bis zum Sozialstaatengesetz, die zweite unter diesem Gesetz, die dritte vom Jahre 1891 an. Als 1869 das Koalitionsrecht beschlossen wurde, schwoll sich eine kleine Anzahl von Maurern zusammen, allerdings mit noch wenig Erfolg. Im Jahre 1878 löste sich der Verband aus freiem Antlethe auf. Im Jahre 1882 beginnt die zweite Periode. Das Organisationsbedürfnis hatte sich mittlerweile stärker entwickelt; die Organisation gewann großen Einfluß und ihre Mitgliederzahl betrug 1890 rund 30.000. Infolge des Kriegs, die 1889 begann, ging die Mitgliederzahl zurück. Als 1891 der Centralverband gegründet wurde, waren nur noch 12.000 Mitglieder vorhanden. Von Jahre 1895 stieg die Mitgliederzahl ununterbrochen bis auf 82.000 im Jahre 1900. Die neue Krise brachte einen kleinen Rückgang, der aber schon wieder weit gemacht wurde, denn beide beträgt die Mitgliederzahl jetzt weit über 100.000. Was ist nun durch die Organisation im Laufe der Zeit geschafft worden? Vor 85 Jahren bestanden die stärksten Verhältnisse im Maurergewerbe. Selbst in großen Städten betrug der Tagelohn nur M. 2 bis M. 2,50 bis 11. bis 12 Stunden Arbeitzeit. Auf dem ländlichen Lande gab es einen Tagelohn von 70,- bis M. 1 bis 18,- bis 16 Stunden Arbeit. Riesiger Raum in einem anderen Beruf war das Giebel. So groß wie im Maurergewerbe. Mit der Gründungsperiode der 70er Jahre begann eine bessere Zeit für die Maurer. Die Entwicklung der Industrie brachte dem Baugewerbe viel Arbeit und unter dem Einfluß der Nachfrage nach Arbeitskräften, die besonders in einigen Großstädten und vornehmlich in rheinhessisch-mittelhessischen Industriegebieten sehr groß war, stieg auch der Lohn. Die Hertelszeit wähnte aber nicht lange. Während der folgenden Jahre wurden die Löhne bedeutend reguliert. Durch das Einwirken der Organisation in den 90er Jahren trat dann eine Verbesserung ein, die aber auch nicht von Bestand war. Erst vom Jahre 1895 an gelang es unter dem bedeutend größeren Einfluß der Organisation, eine wesentliche Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Im Jahre 1900 ist eine Statistik aufgenommen worden, die alle Orte von mehr als 10.000 Einwohnern und sehr viele Orte mit 5000-10.000 Einwohnern umfaßt. Diese Statistik hat sehr viel brauchbares Material ergeben. Der Stundenlohn war gestiegen von 1885-1900 um 18%, von 1895-1900 um 71%. 1885 gab es noch 758 Orte mit einem Stundenlohn unter 25,- und 88 Orte mit über 40,-. 1900 gab es nur noch 49 Orte unter 25,-, dagegen 488 Orte mit 40,- und mehr Stundenlohn. In einigen Orten ist die Lohnsteigerung noch viel bedeutender, als die durchschnittliche Ziffer erkennen läßt. In der Zeit der Stundeinlobniss kommt die Steigerung des Einkommens nicht zum Ausdruck. Doch ist, wie diester ziemlich häufig nachweist, auch dieses in allen Brüderstufen der Orte gelegenen. Es zeigt, daß die wirtschaftliche Lage des Maurers durch die Organisation sich verbessert hat. Auch die Verbesserung der Arbeitszeit hat hierzu viel beigetragen. 1885 betrug die Arbeitszeit 10 Stunden und weniger. In 261 Orten, 1900 dagegen war diese Arbeitszeit in 748 Orten durchgeführt. Damit sind die Erfolge der Organisation noch nicht erledigt. Das wesentlichste ist die Regelung der Arbeitszeit, die früher von der Wilsdrf der Polizei abhängt. Die Einführung der Stundenlohn ist für die Maurer von großer Vorteil gewesen. Liebhaben werden heute vielfach mit höherem Lohn vergütet, früher mußten sie ohne besondere Vergütung bereitwillig arbeiten. Die Lohnabstufung ist früher unregelmäßig gewesen. Heute wird der Lohn an regelmäßigen Abständen, an denen mehr noch etwas früher festgestellt, gewährt wird, gezahlt. Auch an sonntäglichen Verhältnissen auf den Bauplätzen ist vieles besser geworden. Wir haben auf die Bevölkerung, Berufsgenossenschaften und Regierungen eingewirkt. In Bayern und einigen kleinen Städten sind die Bautenkontrollen aus dem Arbeitsstand angestellt. Die Unfallverhütungsbüros sind verbessert worden. Das ist alles der Organisation zu verdanken. Die Unternehmer des Baugewerbes sind nicht sonderlich weichherzig Leute. Freiwillig haben sie noch nie etwas bewilligt. Was wir erreicht haben, haben wir uns bitter erkämpft müssen im Laufe des Jahres. In den letzten Jahren haben wir nicht weniger als 284 Angriffsstreiks und mehr als 1000 Unwetterstreiks führen müssen. Die Kämpfe haben die Unternehmer allmählich gewöhnig geworden. Sie sind wir soweit, daß uns die Unternehmer fürchten. Sie müssen uns jetzt als gleichberechtigte Faktoren anerkennen. Der Leiter der Arbeitsverbandorganisation hat erklärt, daß der Friede im Baugewerbe durch Abschluß von corporativen Arbeitsverträgen auf besten Gewährleistungsworten geschaffen wird. Gleichzeitig haben wir unsere Gründungen erfangen müssen. Die Kampfszenen haben große Opfer erfordert. Millionen sind für Streikunterstützung von den Maurern ausgebracht worden, dazu kommen noch die persönlichen Opfer der Streikteilnehmer an Not und Sorgen in den Familien, die sich nicht schämen lassen. Bei den Unwetterstreiken werden jetzt die Streikenden namentlich von den Bürgerlichen Kreisen und ihrer Freiheit beschimpft. Die Bevölkerung selbst greift oft zu Unaggressionen der Streikenden in die Lohnkämpfe ein. Hunderte von Verbandskollegen haben das Ehrenwort für die Interessen mit jahrelangen Gefangenstrafen büßen müssen. In Bremen wird sogar Buchbauträsten verhängt werden. Wenn wir auch Normative gefordert haben, hat doch die Organisation ihre Mission noch nicht endgültig erfüllt. Es gibt noch vieles zu dessen. Die Ansicht, daß die Maurer viel zu viel verdienen, ist auch heute noch weit verbreitet. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß der Tagelohn der Maurer keinen Maßstab für den Jahreslohn bildet. Selbst in größeren Städten übersteigt der Jahresverdienst nur in seltenen Fällen M. 1000. Wenn infolge schlechten Wetters im Winter die Baufähigkeit eingeschränkt wird, findet der Maurer höchst selten Gelegenheit zum Nebenverdienst. Von ausreichenden Löhnern kann heute noch nicht die Rede sein. Auch die Arbeitszeit muß noch weiter verkürzt werden. Die sanitären Verhältnisse auf den Bauplätzen müssen noch viel besser werden. Das sind die Aufgaben der Organisation für die Zukunft. Sie wird diese Aufgaben lösen, wenn der Verband noch weiter erstarke, seine Macht noch weiter wächst. Bei 100.000 Mitgliedern dürfen wir nicht stehenbleiben, es gibt noch viel zu tun, denn in Deutschland gibt es etwa 270.000 organisationell aktive Maurer. Auch das Vermögen des Verbands muss noch wachsen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Organisation eine gute finanzielle Grundlage besitzt. Die diesjährigen Anstrengungen, die von den Unternehmern zwecks Schwächung des Verbands initiiert wurden, haben uns nicht zu schwächen vermögen. Das Verbandsvermögen ist während der Zeit um ja. M. 200.000 gewachsen. Aber es gilt auch, um etwa noch größere Schläge des Unternehmens zu abwehren zu können, noch weiter zu rüsten, damit die Organisation in jedem Kampf widerstandsfähig bleibt. In den letzten Jahren ist die Mitgliederzahl gestiegen; aber viele Mitglieder sind noch nicht das Werk der Organisation erlangt. Hier muß aber besser hand angelegt werden. Es ist zwar eine Mehrzahl aus ländlichen Bezirken rekrutiert, die meisten Kollegen sind eine mögliche Bildung besitzen. Die Organisation mit auch Gelegenheit zur Weiter- und Selbstbildung bieten. Hierzu dienen besonders die längeren Winterabende günstige Gelegenheit. Auch politisch sollen sich die Maurer organisieren. Die gewerkschaftliche Organisation kann das heutige Ende nur mildern, nicht aber beseitigen. Wenn wir die soziale Frage lösen wollen, müssen wir auch die politische Arbeiterbewegung mit ausbauen. Wenn wir in diesem Sinne die Organisation nach innen und außen ausgestalten, dann können wir rubis der Zukunft entgegenblicken und durch die Tätigkeit der Organisation

er Gerechtigkeit und Wahrheit zum Siege verhelfen. (Verbundene Brüder) Kollege Groß forderte zur Vereinigung der gehörten Worte auf, um die Aufgaben der Organisation zu lösen. Der zweite Punkt der Tagesordnung drehte sich um die weitesten Aufgaben der Unternehmertreize. Hierüber referierte Groß, der zunächst einen Überblick über die Erfolge des letzten Jahres gab. Auch hier haben wir den Unternehmern Erfolge abgenommen. Der Stundenlohn wurde auf 50 kr erhöht. Die Freigabe des 1. Mai führte zu einer Aussperrungsandrohung. Andere Bauhandwerker ließen sich dadurch abschrecken, nur die Maurer boten den Unternehmern ein Paroli. Die Maisterberne wurden nur zwei Tage ausgesperrt. Einzelne Unternehmer ließen schon am zweiten Tage wieder arbeiten. Damit ließen wir die Angelegenheit auf sich beruhen. Im Monat August kam es auf ein paar Bauten zur Aussperrung, weil mit Macht darauf hingearbeitet wurde, daß sich auch der letzte Mauer organisierte. Für unser Gewerbe blieb hier eine gute Zukunft, da in den nächsten Jahren eine rege Bautätigkeit zu erwarten ist. Deshalb müssen wir auf dem Postenbleiben. Sobald wir hier fremde Arbeiter bekommen, müssen sie der Organisation zugeführt werden. Dann wird uns die Zukunft gehören. (Beifall) Nach weiterer Debatte wurde u. a. ein Antrag, für die Erinnerungsschau eine Tafelversammlung zu durchsetzen, angenommen.

— Zur Ansicht an die öffentliche, wurde eine Mitgliederversammlung abgehalten.

Mittwoch, den 18. November, hielt der Zweigverein Dortmund seine regelmäßig tagende Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, "Verteidigung vor der Konferenz", erhielt Kollege Freise das Wort. Seine Ausführungen deuten sich im großen ganzen mit dem in Nr. 47 des "Grundstein" abgedruckten Bericht. Zur Regelung der Fleischentzündung wurde der Antrag des Vorstandes angenommen, wonach der Vereinsvorst. die Unterstützung auszahlte. Über "Gewerbegechtswahl und Stadtvorstandswahl" referierte der Gaurovorsitzende Kollege Kahl. Gestützt auf reichhaltiges Material wies Redner die Notwendigkeit nach, daß die Arbeitgeberseite am Gewerbegeklagt und damit den Gewerkschaften angehören müßten. Damit sprach Kahl die jüngsten Voraussetzungen in der Stadtvorstandseinstellung, insbesondere den Antrag des Baumeisters Dölter auf Nachbewilligung von 5000 kr für den Theaterbau. Dölter hatte in dem Bauvertrag die Streitlaute bewilligt, erhalten, er verlangt nun, sich auf den Maurerfreibrief, eine Freiheitserklärung von 24 Tagen für die Fertigstellung des Theaters. Er kann es zwar fertigstellen bis zum vorge schriebenen Termin, das sagt er selber, aber er will das nur tun, wenn ihm die Stadt 5000 kr dafür gibt. Die Bewilligung dieser 5000 kr wurde allen Ernstes den Stadtvorstandern verlangt. Und nicht ein einziger Stadtvorstand erhob Widerspruch, aber alle stimmen dem Vorschlag des Magistrats zu, die Sache in geheimer Sitzung zu verhandeln. An diesem Antrag und der möglichen Bewilligung derselben übte Kollege Kahl eine scharfe Kritik. Am Punkt "Gewerbegeklagte" wurden den ausgescherten Webern in Grimmenau 50 aus der Losfallasse bewilligt und durch Sammlung wurden noch 11 kr aufgebracht. Eine Resolution, wonach die Kollegen laut Kartellvertrag mehr als bisher verpflichtet sind, die Organisation der Bauhülfsarbeiter zu unterstützen, wurde angenommen. Ferner wies der Vorsitzende Kollege Niemann darauf hin, daß der Distriktausschuß weiter lagt. Die Kollegen werden gebeten, die Vortragsabende des Klubs zu besuchen.

Annäherung des Schriftführers: Die Versammlung war nur schwach besucht, trotz des Feriertages. Es scheint überhaupt, als wenn die Dortmunder Maurer eingeholt sind. Sie haben aber gar keine Versammlung, auszurichten. Gibt die Interessengemeinschaft so weiter, so können sich die Dortmunder Kollegen darauf gefasst machen, daß im nächsten Jahre sie kein Unternehmer an den Vertrag hält.

In Düsseldorf, wurde am 28. November eine ziemlich gut besuchte öffentliche Maurervertreterversammlung abgehalten. Kollege Groß-Dortmund referierte über "Die Entwicklung der Organisation, ihre Ziele und ihre Gegner". Der Referent sprach den Zweck des Verbundes und wies zahlmäßig nach, wie sich die Bauarbeiterbewegungen von 1868 bis 1902 vermehrten und abgewandelt haben und wie sich die Einwirkung der Organisation auf die Gestaltung der Lohns- und Arbeitsbedingungen bemerkbar gemacht hat. Weiter, sprach Redner eingeschlagen die Urteile gegen Streikende und zum Schlüsse ermahnte er die Kollegen, endlich einmal Mann für Mann ihre Pflicht als organisierte Arbeiter zu erfüllen. Im Punkt "Beschließendes" traten verschiedene Kollegen das Vertragen des Poliers Krebs bei dem Unternehmertreize. Krebs ist ein arger Feind des Verbundes, er mahnte sie, wenn er es irgend möglich machen sollte und stellt dafür "christliche" ein. Kollege Trarbach teilte mit, daß Krebs während des Streiks einen Revolver getragen habe, vielleicht auch jetzt noch trägt. Über den Bauunterzug in der Dianastraße beim Unternehmertreize entstand eine lebhafte Debatte. Die meisten Kollegen sprachen sich darin aus, daß die Bauteilnehmertreize nicht ihre Pflicht erfüllen, da, daß sie etwaige Beschwerdeführer sogar dem Unternehmertreize, damit diese entlassen werden. Der Vorstand des Zweigvereins wurde beauftragt, die Sache zu untersuchen und bei dem Oberbürgermeister Beschwerde einzureichen. Mit einer Aufforderung des Vorstandes, mehr als bisher die Organisation hochzuhalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Mitglieder zu Güstebiese konnten Sonntag, den 15. November, wieder einmal ihre Versammlung abhalten. Polizei und "Ordnungsjäger" haben es fertiggebracht, und 18 Jahre lang die Botsale abzutrennen. Man sollte nun meinen, daß alle 100 Mann des Zweigvereins erschienen wären, aber leider kaum ein Viertel der Mitgliedschaft war anwesend. Die Mehrheit unserer Kollegen ist der Meinung, daß sie ihre volle Pflicht erfüllen, wenn sie dem Baustaffeler die Beitragsmarken zahlen. Auch der Schriftführer war nicht anwesend, wie er auch sonst in der Ausübung seiner Pflicht sehr viel zu wünschen übrig gelassen hat. Kollege U. Glamp wurde einstimmig als Schriftführer gewählt. Beschlusse wurde, dem Kollegen H. Buse eine Rüge zu ertheilen. Weiler wurde beschlossen, am 17. Januar ein Stiftungsfest zu feiern. Zum Schlus riefte der Vorsitzende an die Versammlung die Wohnung, daß Sorge zu tragen, mit Schuß dieses Monats alte Beiträge zu begleichen.

Aus Hamburg wird uns berichtet: Ein Leser der "Einigkeit" schreibt: Der Maurer Wilsenack ("Feria Vereinigung") zu sein. Am Vorabend der Versammlung in Alsterdorf führte der Maurermeister Reinhard einen Neubau auf, den er an die Mäurer in Alster-

vergeben hat. Neben acht Mitgliedern des Verbundes war der obengenannte W. am Bau beschäftigt. W. hatte nun jedenfalls das Bedürfnis, einen recht großen Nebbach bei dem Allerb zu machen, denn von den Verbundeskollegen arbeitete ihm keiner genug. Am Sonnabend Abend ging W. zu dem Unternehmer und beschüßtigte ihn drei Verbundesmitglieder der Fauleit. Nachdem am Montag der Unternehmer seinen Polier an der Baustelle hierbei in Kenntnis gelegt und dieser mit Recht hierüber erregt war, wurde der W. Dienstag früh von den Verbundesmitgliedern zur Seite gestellt, und der saubere "Kollege" gefand auch zu, daß er diese Heldenart ausgeschafft habe. Als Grund wußte er nichts weiter zu sagen, als er sei betrunken gewesen.

Die Verbundesmauerer könnten ja aufhalten; er befand "Vogel", wie er sich beliebte auszudrücken, genug. Das nach diesem Geschehen, ein Zusammensetzen unserer Kollegen mit dem "Vogel" unmöglich war, ist wohl selbstverständlich. Sämtliche Verbundesmitglieder legten die Arbeit nieder. Dem Unternehmer war dies aber keineswegs recht. Er sprach selbst seine Missachtung über den Willkürsatz aus und zeigte den denunzierten Mäuerern ein unnehmbares Entgegenkommen, so daß unsere Kollegen die Arbeit wieder aufnahmen. Hostenstiel zieht W., der das gerade Gegenteil von dem erreichte, was er erreichsen wollte, die nötige Lehre aus dem Zwischenpiel.

Der Zweigverein Lauenburg in Pommern hielt am 22. November eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Schwarz, hatte zugestellt, daß der Referat in dieser Versammlung zu übernehmen, war aber nicht erschienen. Im 2. Quartal sind 14 Mitglieder neu eingetreten und 1 Mitglied ausgetreten. Die Einnahmen der Hauptstube belaufen sich auf 135. Die Losfallasse hatte eine Einnahme von M. 88,00 und ein Ausgabe von M. 21,75. Kostenbestand M. 11,80. Hierauf sprach Kollege Gnadt die Polizeiverordnung zum Schutz der Bauarbeiter, worin u. a. auch die Errichtung von Bautürmen und Aborten vorgeschrieben ist. Leider muß aber kontrolliert werden, daß wir in so vielen anderen Orten, die Verordnung auch in Lauenburg nur auf dem Papier steht. Sogar, am Bau der städtischen Leichenhalle fehlen Unterschlupf und Gedächtnisanstalt. Die Kollegen wurden aber vom Vorstandsende dringend aufgefordert, sich ihr Recht nicht streitig machen zu lassen, sondern auf allen Bauten die Errichtung von Bautürmen und Aborten, sowie die Durchführung aller übrigen Arbeitsschutzbestimmungen energisch zu fordern.

In Preußen tagte Sonntag, den 15. November, im Hotel des Herrn Göttling eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Der Gaurovorsitzende, Kollege Hugo Kober aus Hamburg, referierte über "Arbeitervertragsabschließung und Schutz vor den bauunternehmerischen Arbeitern". Redner erläuterte, wie die drei großen Versicherungsgesellschaften zu Stande gekommen und führt dann an Hand einer Reihe von Beispielen den Nachweis, daß die bestehenden Gesetze, um den Arbeitern wirklich und ausreichenden Schutz zu gewähren, noch bedeutsam ausgebaut werden müßten. Vor allen Dingen sei es aber notwendig, daß für das gesamte Reich ein Geist geschaffen werde, um den Bauarbeiterdienst zu regulieren. Besonders auch die staatliche, von Buchdruckern auszuhaltende Kontrolle der Bauten. Dem Redner wurde für seinen interessanten und lehrreichen Vortrag lebhafter Beifall zu teilen. Eine lebhafte Diskussion über die bestehenden Missstände dominierte das Referat. Am Schlus forderte der Vorsitzende der Bauarbeiterkreditkommision die Verantwortlichen aller vor kommenden Missstände bei der Kommission zur Anzeige zu bringen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Staßfurt wird uns geschrieben: Wie Maurermeister ihre Verträge halten. Wir haben in Staßfurt schon häufig Grund zu der Klage gehabt, daß die gewerkschaftliche Bewegung der Kollegen nicht lebhaft genug ist. Aber immer, wenn die Rot an gekämpft, ist die Hülfe am nächsten. Sie kommt auch in der Regel von einer Seite, die gar nicht beachtlich ist, was zu helfen: von unseren Herren Meistern. Sie haben vom Streit her immer noch, so weit wir unterrichtet sind, ihre Sichtwechsel über 1900 bei den Architekten Gaspar liegen, die sie erst nach vierzehnjähriger Klärung zurückhalten. Vielleicht gedenkt sie noch einmal zu gebrauchen. Vielleicht übernimmt Meister Wilsenack dann wieder das rühmlose Amt, das er beim vorigen Streit ausgelöst hat, nämlich die Streitverhandlungen Italiener zu transportieren. Er hat das Amt ausgesetzt, für das man beim Werdertransporte kostspielig bezahlt hat. Herr Wilsenack ist ja auch so mutig und lebenswürdig gewesen, unserem Kollegen Barnstorff, der sich Mühe gab, die Italiener aufzulässen, einen "Majestätsver" anzubringen. Da, den Nasenüber haben die Meister in den Geldstrafen gespielt. Gerechtigkeitsfürsorge wurde Wilsenack von Meister Gruppe, der die nationale und internationale Gesellschaft der Unternehmer in Berlin im Hotel "Kaisershof" w. u. befehligte, das bat allerdings schon Wilsenack M. 1200 und jeden Zimmermeister M. 600 gelöst. Das macht aber nichts. Es hat auch nichts ausgemacht, daß ein Meister dabei dantrotz geworden ist. Im Gegenteil, es war ein Konkurrenz weniger. Diese lebensmüden Herren Meister sind es nun, die in kontinuierlicher Weise immer wieder unsere Organisation belästigen. So jetzt wieder durch die Nichtbezahlung des Landgeldes. In den zwischen Meistern und Gesellen vereinbarten Zimmerschulden im § 8 festgesetzt, daß bei Arbeiten außerhalb Südburg-Leopoldshall ein Aufgeld auf den Lohn von 5 Bezeichnungswerte 10 kr pro Stunde, das sogenannte Landgeld, gezahlt wird. Meister Wilsenack hat sich natürlich geweigert, dieses verbotene Landgeld zu zahlen. Die Kommission hat deshalb eine Konferenz mit den Meistern gehabt, in der die Meister kurzweg erklärt haben, der § 8 gelte nur für solche Zeiten, wo ausreichend Arbeit vorhanden sei. Ämmer ist es Wilsenack, der Zwischenfälle herdornt. Ohne ihn würde ein viel extragünstigeres Verhältnis herstellen. Wie raffiniert Wilsenack vorgeht, um den § 8 bedeutungslos zu machen, zeigt sich darin, daß er die auf auswärtigen Bauten beschäftigten Männer, von denen er annehmen darf, daß das Landgeld beansprucht, entlädt, ihnen aber freistellt auf den auswärtigen Bauten, von Polizei annehmen zu lassen. Dann beschäftigt Herr Wilsenack sie zwar auch, da sie aber auswärts die Arbeit angenommen sind, findet der § 8 des Zimmerschulden auf sie keine Anwendung. Eine Versammlung der Maurer hat mit großer Eintracht von diesem Vertragsbruch, seitens der Meister Kenntnis genommen und hat weitere Schritte vorbereitet. Dieser wurde in der Versammlung beschlossen, daß von Neuem ab die Versammlungen jeden zweiten Sonntag in Monat, von 8 Uhr bis 11 Uhr, abgehalten werden sollen und daß von 1. März an der Beitrag von 40

kr erhöht wird. Die nächste Versammlung am 6. Dezember beginnt noch um 11 Uhr Vormittags.

Der Vorstand des Zweigvereins Straßburg sieht sich gezwungen, auch einmal die Interessengemeinschaft der Kollegen zu schläfern. Vor einiger Zeit tagte im Gewerbeschulhaus eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, die sich mit der Frage beschäftigte, wann bei Winterszeit innen gearbeitet wird. Zu ersten Blättern ist, wenn bei Winterszeit innen gearbeitet wird, die Kollegen es sich und die Fensterfrage. Von den circa 500 anständigen Bauhandwerkern waren nur 25 anwesend, infolgedessen konnte die Versammlung diese Frage nicht erledigen. Von circa 200 Mäuerern waren nur 17 Kollegen anwesend. Unter solchen Umständen ist an eine Beschlussfassung nicht zu denken. Die Kollegen denken wohl, was geht uns das an, wir haben Kollegen an der Spitze, die solche Angelegenheiten regeln. Wie bleiben die Mäuerer. Hierauf wurde die Lohnkommission beauftragt, eine öffentliche Maurerversammlung einzuberufen mit derselben Tagesordnung. Und der Versammlungsbefehl war wieder der reine Hohn auf die Organisation. Anwesend waren zwei Polizeibeamte und achtzehn Kollegen. Wir haben hinterher erfahren, daß eine größere Anzahl von den die Versammlung schwangenden Kollegen ihre Versammlungen in den Nachbarschaften abgehalten haben. Dazu hatten sie Zeit. Wir haben ferner zu berichten: Es ist hier ein großes Warenhaus in Arbeit, wo ja 30 Kollegen beschäftigt sind. Aber wie! 1. Der Lohnarbeitszeit wird nicht innerhalb einer Woche über 120 (!) Stunden verlängert. 2. Die Mittagspause wird um eine halbe Stunde verlängert. 3. Der Spätpause gibt es nicht. 4. Von 7 bis 11 Uhr Abends wird Pause gemacht, dann beginnt die Nacharbeit bis 10 Uhr und noch länger. Es wird beschäftigt, daß der richtige Lohn für Über- und Nacharbeiten nicht gezahlt wird. Einige Kollegen haben in einer Woche über 120 (!) Stunden gearbeitet. Da ist erstaunlich, daß sie keine Zeit übrig haben, die Versammlungen zu besuchen. Wir haben noch einen Fall zu schläfern: Es wird ein neues Empfangsgebäude auf dem Bahnhof errichtet, wobei circa 20 Mäuerer beschäftigt sind. Es wird die richtige Arbeitszeit innerhalb gehalten, so daß die Kollegen hätten in der öffentlichen Versammlung teilnehmen können. Und welche Freude, es waren wirklich zwei Kollegen von dem Bau anwesend. Ferner wird von den Kollegen Beschwerde geführt, daß das Fahrgeld zu wenig mit Berichten von unserem Zweigverein berichtet ist. Ja, soll denn der "Grundstein" regelmäßig berichten, daß die Straßburger Kollegen schlafen. Mögen sie nur helfen, daß die Versammlungen interessant werden, dann werden wir auch im "Grundstein" darüber berichten. Darf man denn überhaupt hoffen, daß sich viele Straßburger Kollegen mit dem Inhalt des "Grundstein" beschäftigen möchten? Kaum, denn sonst könnte eine so große Interessenslosigkeit nicht bestehen. Darum aus dem Raum herein in die Versammlung und weg mit der Überhand und Nacharbeit.

In Wrexham tagte Sonntag, den 22. November, im Hotel des Herrn Göttling eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Der Gaurovorsitzende, Kollege Hugo Kober aus Hamburg, referierte über "Arbeitervertragsabschließung und Schutz vor den bauunternehmerischen Arbeitern". Redner erläuterte, wie die drei großen Versicherungsgesellschaften zu Stande gekommen und führt dann an Hand einer Reihe von Beispielen den Nachweis, daß die bestehenden Gesetze, um den Arbeitern wirklich und ausreichenden Schutz zu gewähren, noch bedeutsam ausgebaut werden müßten. Vor allen Dingen sei es aber notwendig, daß für das gesamte Reich ein Geist geschaffen werde, um den Bauarbeiterdienst zu regulieren. Besonders auch die staatliche, von Buchdruckern auszuhaltende Kontrolle der Bauten. Dem Redner wurde für seinen interessanten und lehrreichen Vortrag lebhafter Beifall zu teilen. Eine lebhafte Diskussion über die bestehenden Missstände dominierte das Referat. Am Schlus forderte der Vorsitzende der Bauarbeiterkreditkommision die Verantwortlichen aller vor kommenden Missstände bei der Kommission zur Anzeige zu bringen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

In Wrexham wird uns geschrieben: Wie Maurermeister ihre Verträge halten. Wir haben in Staßfurt schon häufig Grund zu der Klage gehabt, daß die gewerkschaftliche Bewegung der Kollegen nicht lebhaft genug ist. Über

immer, wenn die Rot an gekämpft, ist die Hülfe am nächsten. Sie kommt auch in der Regel von einer Seite, die gar nicht beachtlich ist, was zu helfen: von unseren Herren Meistern. Sie haben vom Streit her immer noch, so weit wir unterrichtet sind, ihre Sichtwechsel über 1900 bei den Architekten Gaspar liegen, die sie erst nach vierzehnjähriger Klärung zurückhalten. Vielleicht gedenkt sie noch einmal zu gebrauchen. Vielleicht übernimmt Meister Wilsenack dann wieder das rühmlose Amt, das er beim vorigen Streit ausgelöst hat, nämlich die Streitverhandlungen Italiener zu transportieren. Er hat das Amt ausgesetzt, für das man beim Werdertransporte kostspielig bezahlt hat. Herr Wilsenack ist ja auch so mutig und lebenswürdig gewesen, unserem Kollegen Barnstorff, der sich Mühe gab, die Italiener aufzulässen, einen "Majestätsver" anzubringen. Da, den Nasenüber haben die Meister in den Geldstrafen gespielt. Gerechtigkeitsfürsorge wurde Wilsenack von Meister Gruppe, der die nationale und internationale Gesellschaft der Unternehmer in Berlin im Hotel "Kaisershof" w. u. befehligte, das bat allerdings schon Wilsenack M. 1200 und jeden Zimmermeister M. 600 gelöst. Das macht aber nichts. Es hat auch nichts ausgemacht, daß ein Meister dabei dantrotz geworden ist. Im Gegenteil, es war ein Konkurrenz weniger. Diese lebensmüden Herren Meister sind es nun, die in kontinuierlicher Weise immer wieder unsere Organisation belästigen. So jetzt wieder durch die Nichtbezahlung des Landgeldes. In den zwischen Meistern und Gesellen vereinbarten Zimmerschulden im § 8 festgesetzt, daß bei Arbeiten außerhalb Südburg-Leopoldshall ein Aufgeld auf den Lohn von 5 Bezeichnungswerte 10 kr pro Stunde, das sogenannte Landgeld, gezahlt wird. Meister Wilsenack hat sich natürlich geweigert, dieses verbotene Landgeld zu zahlen. Die Kommission hat deshalb eine Konferenz mit den Meistern gehabt, in der die Meister kurzweg erklärt haben, der § 8 gelte nur für solche Zeiten, wo ausreichend Arbeit vorhanden sei. Ämmer ist es Wilsenack, der Zwischenfälle herdornt. Wie raffiniert Wilsenack vorgeht, um den § 8 bedeutungslos zu machen, zeigt sich darin, daß er die auf auswärtigen Bauten beschäftigten Männer, von denen er annehmen darf, daß das Landgeld beansprucht, entlädt, ihnen aber freistellt auf den auswärtigen Bauten, von Polizei annehmen zu lassen. Dann beschäftigt Herr Wilsenack sie zwar auch, da sie aber auswärts die Arbeit angenommen sind, findet der § 8 des Zimmerschulden auf sie keine Anwendung. Eine Versammlung der Maurer hat mit großer Eintracht von früh 6 bis Abends 6 Uhr. Auf einzelnen Bauten ist es, wenn auch nicht gerade erlaubt, Sitze, sich während der Arbeit einen Bissen zu nehmen. Auf den wenigen Bauten macht aber der Unternehmer Karo, wenn er einen erwisch, und so ist es eine Seltsamkeit, daß manche Kollegen auf den Abzugs gehen, um höchst einige Bissen hinunterzuwürgen. Ein Antrag, über die Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern zu verhandeln, wurde angenommen. Es wurde ein diesbezügliches Schriftstück verlesen und eine Kommission gewählt. Nach langer Debatte wurde verlesen, eine Forderung von 80 kr pro Stunde in das Schriftstück mit aufzunehmen. Hierauf wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Ein Stimmungsbild über die Situation im Berliner Baugewerbe.

Durch den corporativen Arbeitsvertrag zwischen den Verbänden der Mäurer und Zimmerer einerseits und dem Verband der Berliner Baugewerbe andererseits ist ein gesetzlicher Friedenszustand garantiert. Bald nach Abschluß des Vertrages in dem Februarjahr zerbrach der Ring der Betriebsleiter, und der Preis der Mauersteine mußte erheblich hinabgesetzt werden. Der Hypothekenmarkt ist für das Baugewerbe nicht ungünstig, und die Nachfrage nach Wohnungen, hauptsächlich Raummiettag 8-11 Uhr, abgefallen. Hierauf steht in Berlin und seinen Vororten noch immer im Hintergrund. Alle Vor-

bedingungen für eine gute Baufonkschule waren — also vorhanden, und sie ist auch nicht ausgeblieben. Da man kann wohl sagen: wir hatten in dem vergangenen Sommer eine gute Baufonkschule, wie sie in Berlin seit langen Jahren nicht zu beobachten war. Selbstverständlich haben in erster Linie die Unternehmer: Baumeister, Häusler und Grünschlüsse, maßteuer u. z. ihr Schöpfen ins Tropfen gebracht. Aber ganz ohne Gewinn ist es ja auch für die Arbeiter nicht, wenn sie in erheblich größerer Zahl als vorher Verdopplung finden. Maurer allein, ungetreut die Spezialberufe, dürften gäbe 4000 mehr als in den vorhergehenden Jahren in Groß-Berlin beschäftigt worden sein. Dieser Mehrbedarf an Maurern müsste natürlich gedeckt werden aus Orien, wo unsere Kollegen erheblich weniger verdienen, vielfach auch aus Streitorten, wo um die Gestaltung eines Stundenlohnes von 40 J. und weniger und um die zehnprozentige Arbeitszeit gekämpft wurde. An diesem Umstand genetzen, bedeutet die Verdopplung von 4000 Maurern in Berlin zu 67½ Stundenlohn einen erheblichen Vorteil für die Gesamtaberbeitsmacht des Maurerberufes. Natürlich haben auch die ständig in Berlin beschäftigten Kollegen insofern Vorteile aus der günstigen Konjunktur gezogen, als sie weniger zurückhaltende Arbeitsmärkte gewonnen waren, die sie auch in der Lage gewesen wären, auf den einzelnen Bauteilen die Verhältnisse bedeutend zu verbessern. Ob sie dies getan haben, in einer anderen Frage.

Der Vertrag hat zweifellos beiden Parteien Vorteile gebracht. An die Augen springend ist der Vorteil für die Arbeiter, daß der Lohn nach unten begrenzt ist; unter 67½ J. darf nicht gezahlt werden. Viele Unternehmer sind allerdings der Meinung, daß hiermit auch zugleich die Grenze nach oben gesogen sei, die Erfassung zeigen aber, daß diese Anschaug in der Praxis keinen Boden gefunden hat, wenigstens zugegeben ist, daß es nur wenige Unternehmer sind, die mehr als 67½ J. Lohn zahlen. Doch es ist überwiegend gleich, ob einzige Unternehmer, besonders den führenden, recht ungenau, und sie möchten den Besetzten die Annahme des höheren Lohnes, weil gegen den Vertrag verstößt, am liebsten verbieten. Sind die Unternehmer also nicht ganz zu frieden mit der Wirkung des Vertrages, so ist es ein großer Vorteil unserer Kollegen noch viel weniger; sie fühlen sich gebunden in der Errichtung höherer Löhne, die durchzuführen, ihnen nach ihrer Meinung in diesem Sommer leicht gewesen sei. Das mag sein. Daß die Arbeiter aber durch den Vertrag bei einem Umfang der Verhältnisse — Rastierung der Konjunktur, verhältnismäßig niedriges Angebot von Arbeitskräften — gegen Lohnsteigerungen geschützt sind, lassen die Kollegen bei ihrem Ausgang völlig außer Betracht. Wollen sie das eine, so müssen sie das andere mit in den Kasten nehmen. Wollen sie freie Wohnen haben für ihre Entwicklungen zur vollen Ausnutzung guter Konjunkturen, dann können sie von den Unternehmern nicht verlangen, daß diese sich für die Zeit der Baufonkschule binden. Die Lage würde dann diese sein: Ein vierter Jahr streiten wir, um höhere Löhne durchzuführen, das andere vierter Jahr sperren die Unternehmer uns aus, um den Lohn wieder herabzuführen. Und das Resultat würde sein, daß wir im Durchschnitt denselben Lohn hätten, den wir durch Vertrag auf „mittlerer Linie“ ergibt haben. Wir hätten dann steiflich den Auspruch des Meisters Ed. Bertheim zu Ruhm und Aufsehen gebracht: Die Bevölkerung ist mir alles, das Ziel nichts. —

Hiermit soll leidenschaftslos gesagt sein, daß wir nicht wieder einmal streiten. Gewiß sollegen, jeden Tag wollen wir marodieren sein, jeden Tag bereit, loszuschlagen, wenn das Unternehmertum uns in der Ausübung unserer Rechte hindern will. Moge nur jeder einzeln auf dem Posten sein.

Bei der Beurteilung der Stimmung unter den Berliner Kollegen darf nicht außer Acht gelassen werden, daß wir es mit einem großen Personenkreis und einem weit ausgedehnten Arbeitsgebiet zu tun haben: Mit Einschluß der Spezialgewerbe: Bauer, Fabrikarbeiter und Spanner, Gemeinerker und Kleinfleischer, zählt die Bevölkerung Berlin 10 872 Mitglieder. Dazu kommen die „freie Vereinigung“, eine „soziale“ und eine Allgemeine-Organisation. Diese drei Vereine, die zusammen ungefähr ein Drittel so viele Mitglieder haben als unter Spezialvereinen, stehen außerhalb des Vertrages. Die Volksarten (freie Vereinigung) sind ministeriell — wies trifft — sogar „prinzipielle“ Gegner des Vertrages. Sie haben in ihren Versammlungen beschlossen, dem Vertrage nicht beizutreten; auf den Bauteilen müssen sie ihn jedoch unverzüglich annehmen.

Anfolge dieser Herrschaft kommt es auf den Bauteilen je nicht selten zu starken Auseinandersetzungen, wobei in vielen Fällen schließlich weniger die Sache — hier der Vertrag — diskutiert wird, als vielmehr die Personen, die eine leitende Stellung einnehmen, als „Maurer“ des Vertrages heruntergerissen werden. Dadurch wird die Freude an der Diskussion natürlich nicht gehoben. Räumlich die erst zugezogenen Kollegen, die zum Teil erst kurz vor ihrer Abreise von der Heimat zum übergeordneten Teil der hier in Berliner Organisation zugeführt wurden, bekommen nur ein Verhältnis von der Arbeiterbewegung, das ganz dazu geeignet ist, sie von der Minimierung zur Gehung und Stärkung der Organisation abzuhalten. Wenn solche Realitäten von den älteren Kollegen hören, daß die Organisation nichts taugt oder doch nur als notwendiges Uebel zu betrachten sei, wenn sie weiter hören, daß die leitenden Kollegen als dumme und schlechte Kürslinge dargestellt werden, wenn sie hören, daß sie Verträge zahlen für Einrichtungen, die nur zu ihrem Schaden bestehen — ja können die Kollegen dann noch mit Lust und Liebe für diese Organisation mit all ihren „schlechten Einrichtungen“ und „Mäßlanden“ eintreten? Kein! Haben die Berliner Kollegen aber wirkliche Ueberzeugung, mit ihrer Organisation, mit dem Verbände unzufrieden zu sein? Kein! und abermals kein!

Die Berliner Kollegen können stolz sein auf ihre wichtigschätzlichen Kämpfe, die nur mit Hilfe des Verbands geführt werden können. Die Berliner können aber nicht nur stolz sein auf ihre eigenen Errungenschaften, sondern auf die Tätigkeit des Verbandes überhaupt: auf die Verbesserung der Lohns- und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland und in ihrem engsten Landesverband, der Provinz Brandenburg. Da, wo darauf können wir sein, daß in den letzten Jahren die übergroße Mehrzahl der Berliner Kollegen nicht in letzter Linie für die Verbesserung gewirkt hat. Haben wir also Veranlassung zum Mijunt? Kein! durchaus nicht!

Wie war es noch vor einigen Jahren, als die Berliner Maurer zum großen Teil „wild“ amher lagen? Im Jahre

1893 arbeiteten die Berliner Maurer 10 Stunden täglich für 50 J. Stundenlohn. In den Vororten Gr. Lichterfelde, Bergedorf, Steglitz, Weichensee, Pankow u. a. wurden 45 J. und weniger gezahlt. Wie wurden die Maurer von den Unternehmern und Polieren und wie wurden insbesondere die paar organisierten Kollegen von ihren „indifferenten“ Arbeitnehmern behandelt. Wer die Seiten auf den Bauten unterteilt hat, der wird sich der Zustände mit Schaudern erinnern. Und was haben wir inzwischen erreicht? Die Unternehmer sind gezwungen, unsere Organisation als gleichberechtigten Faktor bei der Feststellung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse anzuerkennen. An Stelle der zehnprozentigen ist die neue und niedrige Arbeitszeit getreten und auch die Arbeitszeit im Winter ist einheitlich geregelt; wenn sie noch nicht aus allen Bauten innerhalb vier Wochen, so liegt dies nicht an der Organisation, sondern an dem Unterland leider so vielen Kollegen, die Stundenlohn ist seit dem Jahre 1893 von 45 bis 50 J. gestiegen auf 67½ J., und wird im nächsten Jahre auf 70 J. erhöht. Zur Regelung von etwaigen Differenzen muß der Vertreter unserer Organisation ebenso gut wie den Vertretern der Unternehmer den Zutritt auf den Bauten gewähren werden. Dürfen diese Errungenschaften so klein und niedrig eingeschätzt werden? Wer das tut, ist entweder nicht ehrlich, er weiß demagogische Anfälle an, um im Trüben zu schaffen, oder er ist boshart unverständig und hat nicht einen Schimmer von den wirtschaftlichen Nachsätzen.

Es ist ohne Weiteres zugegeben, daß die Arbeitsverhältnisse im Berliner Baugewerbe sehr sehr mühlich und auch sehr schwierig sind. Es ist eine Katastrophe, daß viele Maurerpoliere ständig das Betreiben haben, ihnen „unbeliebte“ Maurer loszuwerden. Unbeliebt bei den Polieren sind in der Regel solche Arbeiter, die auf den Arbeitsplätzen für Ordnung sorgen; die den Polier auf Wohlstand in bezug auf die Gruppe, Baubuden und Aurore ausserst machen und auf Abbüro drängen, die die Kontrolle der Mitgliedsbücher anstreben und durchzuführen, die Entlastung der Polier einen solden „Deyer“ und „Aufwiegler“, so hat er (der Polier) in der Regel nicht den Platz, den wahren Grund der Entlastung anzugeben. Aber sicher ist das eine, daß die Kollegen immerhin das Gefühl haben, der Baustelle in gemahrtet worden wegen seiner Tätigkeit für die Organisation, wegen seines Eintretens für die Verteilung der Mäßlande. Und die Empfindung über solche Zustände ist gewiß berechtigt.

Es ist aber der Vertrag daran schuld, wie so viele Kollegen annehmen möchten? Das dürfte doch wohl weit über Ziel geschossen sein. Gewiß, der Vertrag besagt: Bei Entlassungen brauchen Gründe nicht angegeben zu werden. Aber ist das Verhältnis ohne Vertrag denn anders? Die Unternehmer und Poliere haben auch früher keine Gründe angegeben brauchten und haben auch keine angegeben. Dies kann nicht bestreitten werden. Aber, so wird eingewendet, früher wurden die Bauteile gesperrt, was nach dem Vertrag nicht angängig ist. Außerdem, wie hatten früher eine Unmenge von Bauverträgen, sonst nur nicht nach ihrem Ausgang. Selbst in den Jahren 1897—99, in beiden der Hochkonjunktur, sind die meisten Bauverträge zu ungünstigen Verträgen verlaufen.

Trotz alledem muß den Maßregelungsgesetzen der Unternehmer und Poliere ein energischer Kampf entgegengesetzt werden. Darauf soll und darf der Vertrag nicht hindern. Aber alle Kollegen müssen auf der Höhe der Zeit stehen! Die Organisation müssen sie wie ihren Augapfel hüten, und heile Begeisterung für unsere gerechte Sache muß jeden Maurer über schlechte Reden und unterdrücken. Die Unternehmer und Poliere mögen sich jetzt loslassen, daß die Berliner Maurer die Durchführung des Vertrages anders aufzufassen, als sie. Wenn die Unternehmer ihren Polieren die Mäßlande verheißen, wie für die strenge Durchführung der Vertragsbestimmungen eintreten, nicht verantworten, dann wird die Maurerchaft andere Mittel ergreifen, solche Polizei unbedingt zu machen. Die Mehrzahl der Berliner Maurer hat bestimmt den Wunsch das Vertragsverhältnis beizubehalten, verlangt von den Unternehmern und Polieren, aber auch die lokale Anerkennung des Vertrages. Wenn das nicht geht, dann wird die Mäßlandung gegen die Poliere in den Arbeiterkreisen bald so groß sein, daß schon aus diesem Grunde eine Verlängerung des Vertrages nicht zu Denken ist.

Unseren Kollegen möchten wir aber zururzen: Lohnt Euch durch das provozierende Vorgehen eines großen Teils der Maurerpoliere nicht zum Vertragsbruch reizen. Seid aber auch keinen Augenblick lässig in der Forderung nach strenger Durchführung des Vertrages seitens der Unternehmer und Poliere. Der Verband der Baugewerbe von Berlin und den Vororten verlangt von seinen Mitgliedern, daß sie sich von den Polieren Verträge unterrichten lassen, in denen es im S. I. steht: „Der Maurerpolier hat dafür zu sorgen, daß die Agitation der Gelehrten auf der Baustelle unterbleibt.“ Da nun gut Baustelle doch auch die Baubude gehört, so sieht das Verlangen der Unternehmer im Widerstreit mit dem S. I. unseres Vertrages, in dem der Schlussatz heißt: „Während der Arbeitzeit ist die Agitation auf der Baustelle verboten.“ Die Baustellen gehören uns, den Kollegen ganz allein. Und wir fordern die Kollegen ausdrücklich auf, sich das Recht, in den Baubuden für die Organisation zu agitieren und die Mäßlande auf dem Bau zu beitreten, unter keinen Umständen verkommen zu lassen. Die Diskussionen sollen allerdings ruhig und sachlich geführt werden und dürfen nicht in persönliche Beleidigungen ausarten. Wollen die Poliere trotzdem die Agitation verbieten, dann weist sie in ihre Schranken zurück.

Eins ist aber dringend not: Der Schändring eines großen Teils der in Berlin beschäftigten Maurer muß aufhören. Und besonders müssen sich die in Berlin und den Vororten ansässigen Kollegen treuer Käffchenfüllung angelehnen lassen, und den zugewanderten, mit unjeren Verhältnissen noch wenig vertrauten Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen. Einer muß dem andern unbedingt vertrauen können. Leider ist noch vielfach die für die Arbeiter schändliche Erziehung zu beobachten, daß viele Maurer liebesdienerisch vor den Polieren labiatant und als Zwischenräger und Angerer ein elendes Spiel treiben. Die meisten jungen Kollegen sind wohl durch ernste Erziehungen und durch würdiges wohldiszipliniertes Verhalten der übrigen Kollegen zur Umlehr und zur Solidarität zu erziehen. Sie kann nur richtig angebracht werden. Und wer in seinem erbärmlichen Treiben scharrt will, nun für den gibt es noch andere Mittel, ihm unbedingt zu machen.

Alles in allem: Die Lohns- und Arbeitsverhältnisse sind in Berlin nicht schlecht, aber sie könnten um vieles besser

sein. Daß sie nicht besser sind, davon ist nicht der Vertrag schuld, sondern die Brüderlichkeit und Energielosigkeit der Kollegen.

Die Entwicklung unserer Organisation im Bezirk Karlsruhe.

Seit Jahren besteht in Karlsruhe i. B. ein Zweigverein, dessen höchste Mitgliederzahl vor etwa drei Jahren circa 150 betrug. Die Mehrzahl der Maurer kommt sich trotz der schlechten Lohns- und Arbeitsbedingungen absolut nicht dazu einzutreten, in die Organisation einzutreten, im Gegenteil: auch von den 150 wurden die meisten wieder laufenflüchtig. Die Bahnhöfe in der Umgebung lösen sich auf und in Karlsruhe wurden am 1. März d. J. nur noch 28 Mitglieder gezählt. Auf Veranlassung des Kollegen Herborn aus Frankfurt a. M., der sowohl hier gewerblich tätig war, beschließen wir es wieder einmal mit einer öffentlichen Versammlung, um die Maurer zum Zusammenklopfen und zur Verbesserung ihrer traurigen Lage zu gewinnen. Der Verlust der ersten Versammlung war wenig ermutigend. Gerade die Kollegen, die früher an der Spur standen und die den Verband auch treu gelebt haben, hatten alte Hoffnung ausgetragen. Wir hatten zwar einige Aufnahmen gemacht, aber es wollte niemand so recht an eine Erklärung der Organisation glauben. Die Alten wollten sich die Hörer nicht wieder eintreten. Aber das war ja auch nur sehr nötig. Und schließlich ging es doch vorwärts.

In Karlsruhe selbst wohnen nur ein sehr kleiner Teil der dort beschäftigten Maurer. Es galt also vor allen Dingen, die Kollegen auf den Land zu der Überzeugung zu bringen, daß ihre traurige Lage nur durch eine geschlossene Organisation verbessert werden könnte. Unsere Agitation in den umliegenden Distrikten war nicht sehr Erfolg. Schon den ersten Anlauf wurde die Bahnhöfe Durlangen gegründet, wenn auch mit nur wenigen Mitgliedern. Was aber die Hauptstadt war, die Kollegen in den übrigen Orten wurden zurücklädiert, und die Gründung von weiteren Bahnhöfen machte keine großen Schwierigkeiten. Es war tatsächlich eine Lüft zu sehen, wie der großzügliche Geist der großen Teil der im Bezirk Karlsruhe wohnenden Maurer ergriff.

Das Unternehmertum merkt nördlich des Mandel bei den Maurern. Während die ganzen Jahre hindurch die Arbeitszeit 11 Stunden und der Lohn 37 J. betrug, geben die Meister 8 Stunden ohne weiteres und, daß nur 10 Stunden gearbeitet und 41 J. Stundenlohn bezahlt werden sollten. Gedankt wurde der Lohn der Maurer wieder zurückzubringen und das Nachdenken der Organisation binden zu können. Aber unsere Meister haben sich gewünscht. Zuerst gründete wurde unsere Mitgliederzahl. Und schon Mitte Mai wurde in einer Maurerversammlung, die vor circa 600 Kollegen beschloß, eine Lohnkommission gewählt, der zur Aufgabe gemacht wurde, innerhalb acht Tage die Forderungen für die Maurer festzulegen. Die nächste Versammlung war wieder sehr hart besetzt, ein Zeichen, daß die Maurer nun doch gewillt seien, die Verbesserung ihrer Lage energetisch in die Hand zu nehmen. In dieser Versammlung wurden die zu fordern Sache besiegelt. Einigmarke wurde beschlossen, einen Stundenlohn von 45 J. und die vertragsmäßige Festlegung aller üblichen Arbeitsbedingungen zu fordern.

Wie vorauszusehen war, schenken unsere humanen Unternehmer die Lohnerschöhung vor allen Dingen ab, weil nach ihrer Meinung kein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Von der Lohnkommission wurde der Baugewerksinnung der Wunsch ausgesprochen, über diese Fragen mit uns nördlicher Unterhandlung einzutreten. Aber auch diesen Wunsche gingen die Herren Gesellenmeister aus dem Wege, indem sie an den betreffenden Gesellenauskünften binnend und erklärten: wenn der Gesellenauskunft die gleichen Anträge stellen würde, wären sie gerne bereit, mit ihm zu unterhandeln; der Gesellenauskunft wäre hierzu bereit und stellte den Antrag bei der Innung. Nun lautete die Antwort: es sollen Unterhandlungen stattfinden, wenn die Meister, die zur Zeit im Bad sind, zurückkehren. Seien. Ganz schön. Aber versprechen und halten ist nicht einerlei; denn die jetzt haben noch keine Verhandlungen über die Fragen stattgefunden. Einwände sind die Herren Meister immer noch dabei, ein Zeichen, daß die Maurer nun doch gewillt seien, die Verbesserung ihrer Lage energetisch in die Hand zu nehmen. Das für die Verhandlung absichtlich und sichtbarweg verzögerte wurde die zu fordern Sache besiegelt. Eine Antwort gab es, nämlich den Wunsch der Lohnkommission und gleichzeitig einen Antrag für den Verband, Kollegen Ang. Blitzen, als ersten aus die schwarze Liste der nicht zu beschäftigenden Maurer geholt werden.

Durch diese Wachstumslinien sind nun die Maurer im Bezirk Karlsruhe vollends aufgewacht. Unter Mitgliederzahl liegt von Tag zu Tag und beträgt jetzt über 800 in 13 Bahnhöfen. Damit die Kollegen aber nicht in den Bahnhöfen verfallen, es wäre hier alles Gold was glänzt, müssen wir doch auch eine traurige Gesellenauskünfte von den Maurern in Lauter, Weilburg und Wörthbad verzeichnen. Diese Kollegen haben trotz öffentlicher Verhandlungen in diesen Orten noch nicht eingeschlossen, daß sie die Agitation der Gelehrten auf der Baustelle unterbleibt.

Durch diese Wachstumslinien sind nun die Maurer im Bezirk Karlsruhe vollends aufgewacht. Unter Mitgliederzahl liegt von Tag zu Tag und beträgt jetzt über 800 in 13 Bahnhöfen. Damit die Kollegen aber nicht in den Bahnhöfen verfallen, es wäre hier alles Gold was glänzt, müssen wir doch auch eine traurige Gesellenauskünfte von den Maurern in Lauter, Weilburg und Wörthbad verzeichnen. Diese Kollegen haben trotz öffentlicher Verhandlungen in diesen Orten noch nicht eingeschlossen, daß sie die Agitation der Gelehrten auf der Baustelle unterbleibt.

Vom Ball.

Ausfälle, Arbeiterschuh, Submissions etc.

* Standfestigkeit abgebundener Gerüste. Der orlonartige Sturm in der vorletzten Woche hat an Gebäuden und Neubauten wieder großen Schaden angerichtet. Anscheinlich wird berichtet, daß dort der Sturm das vier

Großwerk hohe Kostengüte am Neubau der Sächsischen Bank umgeworfen hat. Es gelang in den späten Abendstunden; Arbeiter waren am Bau nicht mehr beschäftigt, aber eine vorübergehende Frau wurde von schweren Holzleisten getroffen und schwer verletzt. Dieser Gerüstein oder Umsturz zeigt wieder einmal, daß die Standsicherheit der Chemnitz und Dresden, und vereinzelt auch in anderen Großstädten üblichen abgebundenen Verüte durchaus nicht hinreichend ist, wenn sie ohne Rücksicht auf das Fortschreiten des Baues bis zur ganzen Höhe des Baues erichtet werden. Braucht man die Gerüte sofort in ganzer Höhe, um oben Kräfte zum Aufzug von Werkzeugen oder anderem Material aufzuteilen, dann muß die Versicherung einen viel höheren Plan rücksichtigen, weitausreichendere Schräglagen hindern. Im Innern die geordnete Fortführung des Baues und nach außen hin, namentlich in sinnlichen Strafen, würden sie den Betreiber sperren. Solche Argumente sind nicht ganz ungünstig, aber ungleich in die Anbringung wirklicher Sicherungen nötig. Wäre es der Fall, dann müßte die Errichtung jeder Gerüte, die in Chemnitz sogar durch die Baupolizeiverordnung vorgeschrieben sind, verboten werden. Schäden könnte dies schon deshalb nicht, weil sie als Arbeitsgerüte für den Maurer alles andere als bequem sind. Aber das will ja nichts bedeuten gegen das unvermeidbare Unfall (siehe Dresden), das durch das Umfallen solcher Gerüte entstehen kann. Wogen die Herren Baumeister ihr Hirn nur etwas anstrengen, um wirklich haltbare und doch ausdrückliche Gerüte zu konstruieren. Die Arbeiterschaft wird gern bereit sein, den Meistern mit Rat und Tat zur Hand zu gehen. Wir glauben auch behaupten zu dürfen: die von den baugewerblichen Arbeit geforderten Unternehmer hätten schon längst Mittel und Wege gefunden, auch solchen Eintwicklungen wie jüngst in Dresden und jetzt in Chemnitz vorzubeugen. Wie lange will man noch mit dem Leben der Arbeiter freudlich spielen?

* Wie die Unternehmer die Bundesratsverordnung für das Steinbruchsgewerbe ungern haben, darüber wird uns aus Kronach (Oberfranken) geschrieben: Kronach und Umgegend ist ein ziemlich großes Steinbruch- und Steinmeßgebiet. Die Unternehmer sind teils „Mittelständler“, teils sogenannte „Gaukler“, leichter in ziemlich große Anzahl. Ein großkapitalistisches Unternehmen existiert hier nicht. Lange Arbeitszeit und erbärmliche Löhne sind hier gang und gäbe. In Vogtendorf, eine halbe Stunde von Kronach, sind die Bauern mit wenigen Ausnahmen Steinbruchs- und Steinmeßunternehmer. Sie betreiben eine Gesteinsabfuhrfirma, die jeder Beschreibung spottet. Zum Beispiel ein Grabenfassung, 1.80 Meter lang und 80 Zentimeter breit, profitiert, fix und fertig und noch verschiefert, wird für 4,80 geliefert, obwohl das Rohmaterial allein 4,80 kostet. Ein ganzes Fenster: Söhlant, Gewände und Sturz, wird für 7,70 geliefert. Das Steinmeßgewerbe ist hier total auf den Grund gekommen. Die Bundesratsverordnung schreibt für Steinmeßbetriebe neue stündige Arbeitszeit als Maximum vor. In Kronach und Umgegend wird aber im Sommer vom Morgens 4 Uhr bis Abends 9 Uhr gearbeitet — trotz Bundesratsverordnung. Die Kronacher Unternehmer zahlen Löhne von M 2,80 bis M 3 pro Tag, und dafür nutzt der Steinmeß auch das Werkzeug mitschaffen. Ja, der Baumeister Schmidt in Breitenloch zahlt seinen Steinmeßern bei der jetzt einzigen Arbeitszeit von acht bis neun Stunden M 1,50 Tagelohn. Bei der größten Firma in Kronach, Fabrikarbeiter Vogel, Vorsitzender des Gewerbevereins, wird im „wilden“ Allerd gerichtet. Der Preis wird nicht abgemindert, wenn die Stücke ausgebaut werden, sondern am Abgangsloch kann die Arbeit fertig ist.

Die Bundesratsverordnung existiert für die hiesigen Unternehmer nicht, und von den Arbeitern haben nur wenigen den Mut, für die Durchführung der Verordnung einzutreten, weil sie wissen, daß sie sonst schikaniert und gemahnt werden. Ein Maurer und Steinmeß Schönstein hatte mit Hilfe des Arbeiterssekretärs dieses Frühjahr eine Eingabe an das Bezirksamt gemacht, damit die Unternehmer zur Durchführung der Verordnung angehalten würden. Drei Unternehmer: Vogel, Pötzl und Welsberg, wurden aufs Bezirksamt gespielt, wo sie auch den Namen des Reichsvermögens erfuhrten. Dieser wurde gemahnt, die Unternehmer aber weigerten sich, die Bundesratsverordnung zu befolgen. Nun wurde der Gewerbe-Kommissar benachrichtigt, der auch zwei Kontroluren vornahm und die Unternehmer aufforderte auf Grund der Verordnung die Arbeitszeit zu verstärken und die Löhne entsprechend zu erhöhen. Auch die Beisetzung sonstiger umfangreicher Mittelstände forderte der Gewerbe-Kommissar. Es fehlten nämlich auch führende Kunden und eines Trimbauer. — Aber es blieb alles beim Alten. Es sind noch verschiedene Anzeichen erstattet worden, und Verstüppungen der widergesetzigen Unternehmer sind erfolgt — ein Unternehmer ist sogar viermal bestraft worden. Und der Erfolg: die Bundesratsverordnung wird nicht befolgt.

Aber einen anderen „Erfolg“ hätte der Geschäftsführer Schönstein vielleicht erzielt: er wäre bald über seine Verantwortung wegen Beamtenbeleidigung angeklagt worden. Er hatte nämlich, als seine Geschäftsführerin leichtin abgemischt wurde, diese Abweisung mit der Tatsigkeit des Bezirkssekretärs als Schriftführer des Gewerbevereins, dessen Vorsitzender der Unternehmer Vogel ist, in Verbindung gebracht. — Der Unternehmer Welsberg war fürglich wieder einmal wegen Nichterfüllung der Verordnung angeklagt, er wurde aber freigesprochen. Gegen das freiwillig erlassene Urteil hat der Amtsgericht fungierende Bezirkssekretär Berufung eingereicht.

Mit der Durchführung der Bundesratsverordnung dürfte es wohl nicht eher ernst werden, als bis die Steinmeßarbeiter gründlich aus dem Schlaf erwachen und kategorisch jede Überarbeit sowie überwiegende Arbeit unter den grauenhaften Mitteln verweigern. Dazu bedarf es natürlich der Organisation. Wollen sich die Steinmeßarbeiter nicht organisieren, dann werden sie auf die Verbesserung ihrer Lebenslage verzichten müssen.

Ans anderen Berufen.

* Neben die Ausweitung der Textilarbeiter in Crimmitschau wird berichtet: Seit 14 Wochen steht in dem kleinen fabrikistischen Crimmitschau ein heftiger Kampf der Textilarbeiter um Erringung des zehnstündigen Arbeitstages. Der Kampf hat schon längst die Formen eines ein-

sachen Lohnkampfes überschritten. Er hat sich zu einem Akteurkampf der schwärfsten Art ausgeschlagen. Die Kapital — die Arbeit. Das gesamte Unternehmertum der Textilindustrie Deutschlands, an seiner Spitze der Landesverband der Industriellen des hochindustriellen Sachsen mit dem Sit in Chemnitz, hat sich vereinigt zur Niederringung der ausständigen Lohnabfälle. Alle Mittel wurden angewandt, um die Arbeiter zum Verrat, zum Streikbruch, zu verleiten. Aber vergeblich. Mit jenem, den ringenden Proletariern eigenen Stolze wurden von der Arbeiterschaft alle diese Versuche abgeschlagen. Hunger, Not und Entbehrungen eisig tragend, kämpften mit langer Unterstützung die 8000 Textilarbeiter herzlich gegen ihre Ausbeuter. Alle Versprechungen der Unternehmer, dauernde Beschäftigung bis ans Lebensende, Geldgeld von M 50 bis M 100 usw., sonnen die Arbeiter nicht zum Treuebruch verleiten. Jetzt bietet der Landesverband der Industriellen Sachsen jedem Streikbrecher „bis auf weiteres eine Prämie von zw. 1. Markt pro Woche“ extra. Aber auch das könnte die Kämpfenden nicht reizen. Mit Verachtung wiesen sie das Anerbieten zurück. Statt zu einer Vermehrung kam es zu einer Verminderung der Arbeitszeitwilligen. Die Zahl der „Arbeitswilligen“ ist um zirka 50 verdoppelt. Es will sich niemand präzisieren lassen. Die Unternehmer sehn nun ein, daß die Arbeiterschaft sich nicht selbst unten wird, und sie verüben, die kämpfenden Crimmitzauer niedergeschlagen mit Hilfe der deutschen Arbeiter- und Gewerbe gegen ihre Ausbeuter. In allen Ecken und Enden wimmelt es von Agenten der Crimmitzauer Fabrikanten. In den Herbergen werden die Arbeitslosen aufgezählt, auf den Mittertternicht sucht man politische Landarbeiter anzuwerben. In Böhmen in Ostpreußen, in Holstein, Rheinland-Pfalz, Bayern, Halle, Leipzig, Döbeln, Nördlingen, überall verläuft man mit allerhand Versprechungen Streikbrecher anzuwerben. Ein Teil ist eingetroffen, aber nach erfolgter Auflösung wieder abgereist. Ein Fabrikant, der 50 pommersche Arbeiter angeworben, „leidet“ find diejenigen nicht eingetroffen. Sie wollen nicht Streikbrecher sein. Und niemand will Arbeitswillige in Logis nehmen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

rd. (Nachr. verboten.) Eine wichtige Entscheidung für Krankenversicherung, die angesichts ihres Kassenbezirks erfranken, fällt vor kurzem das Landgericht Berlin als letzte Instanz. Mitglied einer Berliner Krankenanstalt hielt sich während einiger Sommerwochen zu ihrer Erholung in einem Landstädtchen der Mark Brandenburg auf, als sie an Lungentuberkulose erkrankte. Sie machte dem Vorstande der Kasse sofort hierover Meldung, der die Aufsicht über sie ergriffen ließ, das in dem betreffenden Ort befändliche städtische Krankenhaus aufzusuchen. Dieser Anordnung leistete die Kägerin nicht Folge, zumal der vor ihr konfilierte Arzt derselben Stadt ihr ausdrücklich widersetzte, in jener Heilstätte Aufenthalt zu nehmen, da diese auf die schwangere, den modernen hygienischen Grundlagen entsprechende Pflege einer Lungentuberkulose nicht eingerichtet wäre. Trotzdem die Kasse dem Kassenvorstande dieien Bescheid des Arztes mitteilte, und trotzdem dieser selbst noch an die Kasse in diesem Sinne berichtete, verbarke der Vorstand doch auf seiner Anordnung und weigerte sich, der Patientin das Krankengeld, das für die außerhalb des Kassenbezirks ertrankende Kassenmitglieder ziemlich beträchtlich ist zu zahlen, ja daß sich die Kasse verantwörte, sah gegen die Kasse flagbar zu werden. In erster Instanz von dem Kassenkommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenanstalten und in zweiter Instanz vom Amtsgericht mit ihrem Verlangen abgewiesen, weil sie angeblich „unbefugt“ eine Anordnung der Kassenorgane unbedacht gelassen hätte, legte Wagners Berufung beim Landgericht ein, vor dem sie u. a. geltend machte, daß sie sich nicht „unbefugt“ geweigert habe, der Aufforderung der Kasse, ins Krankenhaus zu gehen, zu leisten. Wenn auch § 7 des Krankenversicherungsgesetzes vorstieße, daß an Stelle des Kassenfondes freie Kur und Versiegung in einem Krankenhaus toten können und zwar „bei Unverhältnissen unbedingt“, so würde doch die Anordnung der Kasse, ein Krankenhaus aufzujagen, nicht gegen den Zweck der Krankenanstalten überhaupt verstoßen, nämlich die Heilung des Kassenmitgliedes herbeizuführen. Wenn nach ärztlichem Gutachten die Überweisung eines Mitgliedes in ein Krankenhaus die Gesund nach sich zieht, die Krankheit zu verhindern, so darf die Kasse von dem in Rede stehenden Rechte Gebrauch machen. — Die Anordnung hat das Landgericht vollständig gebilligt und die vertragte Ortskrananstalt zur Zahlung des geforderten Krankengeldes verurteilt. In den Gründen wird u. a. ausgeführt: Schon der § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches vor, daß jeder, der zu einer Leistung verpflichtet sei, diese so leisten müsse, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verhältnisse es erfordert. Hieraus ergibt sich, daß die Kassenorgane bei der Anordnung von Krankenhausaufsicht nicht nach Willkür verfahren dürfen, sondern daß sie in jedem einzelnen Falle nach pflichtgemäßem Erkenntnis zu prüfen haben, ob die Krankenhausbehandlung geeignet ist, den vom Gesetz gewollten Zweck zu erreichen. Ist dies ausnahmsweise einmal nicht möglich, so hat in einem solchen Falle die Normaleistung. — d. h. die Zahlung des Krankengeldes — einzutreten. Im vorliegenden Falle ist durch das Gutachten zweier medizinischer Sachverständiger — ein Gerichtsarzt war außer dem die Kägerin behandelnden Arzt von dem Gerichtshof noch um sein Urteil befragt worden — als erheblich anzusehen, daß eine Behandlung im Krankenhaus schädigenden Einfluß auf die Gesundheit der Kägerin ausgeübt haben würde. Die Weigerung der Kägerin, ins Krankenhaus zu gehen, war demnach berechtigt, und aus diesem Grunde mußte die Kasse zur Zahlung des Krankengeldes verurteilt werden.

Polizei und Gerichte.

* Auf der Hinweis auf die Folgen des Streikbruchs eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung? Vor dem Schwurgericht zu Aukort hatte sich der Maurer Karl Deinrich aus Beck wegen Verbrechens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. D. sollte am 16. September d. J. zu Marzich den Maurer G. Lewte durch

Drohungen zu bestimmen versucht haben, an dem Neubau der dortigen evangelischen Kirche die Arbeit niederzulegen. Von den organisierten Maurern war über die Bauten des Unternehmers Schrein die Sperrre verhängt und D. war damit beauftragt worden, die Sperrre zur Durchführung zu bringen resp. zu überwachen. Als er einige noch arbeitende Maurer fragte, warum sie die Arbeit nicht einstellen wollten, erhielt er zur Antwort: „So lange Deine Verbandskollegen die Arbeit fortsetzen, legen wir sie auch nicht nieder.“ Hierdurch erfuhr der Angeklagte, daß der Maurer Lewte auch noch an der Kirche arbeitete. Auf des Angeklagten Frage, ob S. schon lange im Verbande sei, erhielt er zur Antwort: „Sehon zehn Jahre.“ Worauf D. sagte: „Dann weißt Du doch, daß Du durch Dein Weiterarbeiten die Interessen des Verbands schädigst und aufgeschlossen wirst.“ Lewte gab hierauf die Antwort: „Das weiß ich und ich will mir die Sache überlegen.“ G. ging dann wieder auf den Bau und hat weitergearbeitet. D. hatte die Überzeugung, daß S. die Arbeit doch nicht einstellen würde und war sich nicht weiter um ihn ges kümmert. Aber andere Maurer haben auf Bitten D.s die Baustelle verlassen, und der Unternehmer hat schließlich die Forderungen bewilligt, worauf die Sperrre aufgehoben wurde. Drohungen habe Deinrich gegen keinen ausgeschlagen. Die Zeugen, darunter Lewte, konnten nichts Belastendes vorbringen, die bestätigten im großen ganzen das von dem Angeklagten vorgebrachte. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage im vollen Umfang aufrecht. Aus der Neuverfassung des Deinrichs: „Du wirst ausgeschlossen, wenn Du nicht die Arbeit niederlegst, gibst unzweckhaft eine Drohung nach § 153 der Reichs-Gewerbeordnung hervor.“ Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hettmann-Müller, zerstörte Punkt für Punkt die Argumente des Anklägers. Unter anderem führte er aus: Deinrich war als Vertreter seines Verbands zweifelsohne befreit, denn Lewte die Bestimmungen der Organisation vorbehalt. Es kann das nicht als Drohung aufgefaßt werden, sonst sei der § 152 der Reichs-Gewerbeordnung vollständig illustriert gemacht. Er beantragte Freispruch. Das Gericht sprach nach längerer Beratung den Angeklagten frei. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß sich das Gericht die Ausführungen des Verteidigers zu eigen gemacht habe. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Vom „Terrorismus“ Die Anleitung zur Denazification in der „Einigkeit“ kommt in Hamburg bei der „Freien Einigung“ der Maurer auf guten Boden gefallen zu sein. Zum 24. November war der Vorsteher unter dem Hamburger Zweigvereins, Fritz Hartwig, vor den Untersuchungsrichter geladen, ebenfalls der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“. D. soll sich einer Berufserklärung schuldig gemacht haben dadurch, daß er im „Hamburger Echo“ in einer Annonce die Namen der Maurer berücksichtigte, die an einem Bau angefangen sind, über den vom Vorsteher die Sperrre verhängt wurde. Die vorher an dem Bau beschäftigten Kollegen hatten ihren letzten Wochenlohn noch nicht bekommen. Die Streikbrecher sind Mitglieder der „Freien Vereinigung“. Einem davon wurde versprochen, an dem Bau nicht anzutreten. Die „freien Männer“ sind später nochmals über den ganzen Sachverhalt aufgeklärt worden und haben trotzdem angefangen. Um nun ihre Komponierte Ehre zu reparieren, haben sie die Staatsanwaltschaft angerufen, und dieleben in „öffentlichen Interesse“ Anklage erheben zu wollen. Einer der „Freien“ ist direkt mit Lügen vorgegangen, indem er erklärt hat, D. habe sie zur Niederrangung der Arbeit und zum Wiedereintritt in den Verband zwingen wollen. D. behauptet dagegen, mit den Leuten zu dem betreffenden Tage gar nicht gesprochen zu haben.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz' Verlag). Heft 9 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts gehen vorher: Die Bourgeoisie und die Kreisfassung. — Das Blasto der preußischen Landtagswahlbeteiligung. Von Hans Marchwald. — Die Lage des Sozialismus in Spanien. Von Juan A. Melia. — Moderne Börsenwanderung. Von Otto Hütt. — Das Reichs-Arbeiterberufungsgericht. Von G. Schulte. — Hauptmanns neues Drama. Von H. Ströbel. — Ein Beitrag zum Kapitel „Kapital und Wissensdurst“. Von J. German. — Literarische Rundschau: A. & C. G. Österreichischer Arbeiterzeitungen für das Jahr 1904. Von W.

„In freien Stunden“. Von der von der Partei-Buchhandlung Bormann herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek liegen nun die Hefte 46 und 47 vor, in denen die Fortsetzung der mit dem 1. Juli begonnenen spannenden Romane „Die Regulatoren in Aransas“ von Dr. Gerstäder und „Mammon“ von P. Loti und die Fortsetzung der Sammlung „Aus dem Leben der Untertanen“ enthalten sind. Die wohlbenten Erzählungen Hefte zu 10 Pf bilde eine ebenso preiswerte wie gebiegende Unterhaltungsschrift, deren Verbreiten darauf gerichtet ist, die Schundromane aus den Arbeitertrieben zu verdrängen. Wer können unteren Leuten das Abonnement empfehlen. Abonnenten können noch jetzt beitreten und die seit dem 1. Juli erschienenen Hefte nachbestellen.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 25 seines 20. Jahrgangs. Der Preis der vierzehn Seiten starken reich illustrierten Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

* Eine größere Anzahl Berichte mußte zurückgestellt werden. Glashorn, B. Was wollten Sie denn eigentlich damit bezwecken, daß Sie die vom 23. davorliegenden Kartei erst am 24. Mittags zwischen 12 und 1 Uhr, zur Post geben? Als wir die Kartei befaßten, war der „Grundstein“ schon gedreht.

Seifendorf, B. Mit der einfachen Mittelstellung, daß die Sperrre weitergeführt werden soll, ist uns nicht gedient. Wir wollen Berichte über den Stand der Dinge. Sonst wird Schluss gemacht.

Granier, Sch. Mahnruhe zum Verbandsmitglied beschriften schon so viel im „Grundstein“ gelanden, daß auch die Granier-Kollegen wissen könnten, was sie zu tun haben. Es müssen sich mal einige Männer zusammen und die jungen Kollegen persönlich bearbeiten.

Matzschaff, L. „Grundstein“ und Bücher sind nach dort (Schweinfurt und Haarbach) abgesandt.

Nostoc. S. Das die Kollegen ihre Mitgliedsbücher zur Versammlung mitzubringen haben, ist doch sehr verständlich, wir wollen es aber hiermit für Nostoc besonders hervorheben.
Das Beste können Sie im Verhandlungsbericht vernehmen.
R. M. 100. W. Thesmar, Alona (Ebe), Wilhelmstr. 67.

Strikabrechnung.

Zweigverein Nötha.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 1560,-
Soziale Einnahme	1,-
Summa	M. 1561,-
 Ausgabe.	 M. 1581,-
Für Streikunterstützung	9,30
- Fortbildung Zugereister	9,30
- Rechtschung und Unterhaltung Inhaftierter	2,58
- Porto und Schreibmaterial	2,58
An die Hauptkasse zurückgezahlt	11,81
Summa	M. 1561,-

Nötha, den 27. Juni 1903.

Für die Mitglieder der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Ernst Gröbel, Heinrich Günther.

Für die Streikleitung:

Gustav Bernstein, Aug. Guygendorf, Friedr. Gröbel.

Centralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Revisoren und Vorstände der Zweigvereine sind verpflichtet, darauf zu achten, daß keine Unterschlagungen vorkommen. Die Kassierer sind besonders jetzt gegen Jahresabschluß wiederholt zu revidieren und die Kassierer zur allwöchentlichen Abrechnung anzuhalten.

Hauptkassierer sind nicht erst mit der Quartalsabrechnung, sondern jetzt sofort einzuhenden. Kassierer gelten, abgesehen von kleinen Beständen zur Deckung laufender Ausgaben, müssen sicher belegt werden und zwar so, daß die Kassierer allein das Geld nicht abheben können.

An alle Mitglieder und zur besonderen Beachtung für die Zweigvereinsvorstände.

Monat November ist laut Statut der letzte Beitragsmonat im Jahr; die Monate Dezember, Januar und Februar sind beitragsfrei. Die beitragsfreie Zeit ist eingehalten, um zu verhindern, daß im Winter viele Mitglieder wegen Beitragsausfällen gestrichen werden müssen. Wenn dieser Zweck in Erfüllung gehen soll, was im Interesse des Verbandes wünschenswert ist, dann müßte die Mitglieder ihre Verbandsbeiträge bis zum Jahresabschluß vorzuzahlen, bevor es Winter wird.

Die Zweigvereinsvorstände werden erucht, alle Mitglieder, die ihren Beitrag noch nicht voll bezahlt haben, persönlich an ihre Pflicht zu erinnern und den Beitrag aus der Wohnung der Mitglieder abzuholen.

Neiseunterstützung wird erst vom 1. Dezember an gezahlt, aber nur in solchen Zweigvereinen, die im Zweigvereinsverzeichnis nicht durch einen * vor dem Ortsnamen besonders kennlich gemacht sind. Der Unterstützungsatz beträgt 75 %. Bezuglich der näheren Bestimmungen verweise ich auf das Statut und unsere Bekanntmachung in Nr. 48 des "Grundstein".

Zweigvereine, die ein neues Mitgliedsverzeichnis haben müssen, werden erucht, uns unter Angabe des Staates des Buches Mitteilung zu machen.

Vom Verbandsvorstande bestätigt.
In der neu gewählten Kassierer des Zweigvereins Bonn.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Herm. Branger-Gebert (Buch-Nr. 60 051), Wilhelm Kühl-Gebert (21 128), Richard Groß-Gebert (86 540), Karl Blumreiter-Leipzg. (120 180), August Koch-Königsberg I. Pr. (176 761), Hermann Lorenz-Cöln (94 480), Wilhelm Abendroth-Leipzg. (73 927), D. Hilbertbrand-Bremen (13 549), Heinrich Günther III.-Gestel (58 489), Otto Danke-Bösel (109 934), Friedrich Striel-Dresden (19 698), Bruno Lange-Dresden (133 877), Oskar Bernhard-Altenburg (97 843), Otto Goldmann-Dessau (178 288), Ernst Dege-Königsberg I. Pr. (128 452), Fritz Moats-Königsberg I. Pr. (128 534), August Baier-Berlin (9885), August Pagel-Berlin (1815), Hermann Pauli-Hamm I. W. (134 772).

Gefunden wurde in Sangerhausen das Mitgliedsbuch des Kollegen H. Stredenbach (Buch-Nr. 48 801). Der Kollege wird erucht, unter Angabe seines Geburtsortes und -datums, das Buch vom Zweigvereinsvorstand einzufordern.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein Dessau: Karl Wedemann (Buch-Nr. 178 888); Walderode: Ernst Lange (12 921); Bodebach: Otto Gramm (94 698), Peter (66 440); Solingen-Ohligs: Hermann Kneuerberg (101 046),

Karl Schmid (100 952), August Nagel (101 048), Julius Stroh (101 980), Wilhelm Hörl (147 184); Golditz: August Krebs (120 021).

N.B. Die Namen berührenden Kollegen, welche wegen ausständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgefördert,

seinen Verpflichtungen nachkommen, wird vom Zweigverein Barmen-Giesfeld bei Mantei Georg Eichhoff (Buch-Nr. 62 807), geboren am 21. Juli 1882 zu Gedenken.

Kollegen, denen der Aufenthaltsort Eichhoff bekannt ist, werden erucht, uns sofort Mitteilung zu machen, da er als Kassierer eine erhebliche Summe untergeschlagen hat.

Um Angabe seiner Adresse

erucht der Zweigverein Segeberg den Kollegen Otto Kroch (Buch-Nr. 102 684).

Kollegen, denen der Aufenthaltsort des genannten bekannt ist werden erucht, nach hier Mitteilung machen zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 24. bis 30. November 1903 sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Bei den Zweigvereinen in Bremerhaven M. 800, Nowameis 500, Ritterk. 400, Schlebusch 250, Stendal 200, Cottbus 100, Löwenwärder 31,50, Nürnberg 500, Nostoc 300, Erfurt und Umgegend 250, Naumburg 250, Bernau 190, Waldenburg 100, Dortmund 500, Reichenbach i. Vogtl. 200, Weidenburg 200, Ulm a. d. Donau 200; Fürth 150, Gramzow 10, Holzminnen 4,08, Nethen a. d. Elbe 19,80, Heddingen 13,09, Malchow 8, Wreden 7,88.

Für Futterale.

Ludwigslust M. 2, Giebelstadt u. Umgegend 11,80.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einhaber von Gebären werden erucht, auf den Postabstempeln genau anzugeben, wofür das eingeladene Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Rüter zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muss.

Hamburg, den 20. November 1903.
J. Rüter, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Centralkrankenfasse.

(Gründlein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 22. bis 28. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Versenkung in Steinfort M. 800, Görsdorf 200, Witten 200, Pansow 200, Nossen 200, Marborn 100, Saarmund 100, Herzberg a. d. Elster 100, Gülow 100, Suwalki 150.

Zusätzlich erhielten: Mainzheim M. 200, Hofen b. Camphausen 200, Berlin 100, Hanischkuhsheim 100, Lippetal a. d. Oder 100, Langenbeck 50. Hanau M. 750.

Altona, den 28. November 1903.
Karl Neiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wird die Totenliste der Verbandsmitglieder, die unter uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben bestattet gewesen sind. Die Zeile lohnt sich.

Berlin. Am 22. November verstarb unter Mitglied Fritz Hoffmann, 64 Jahre alt, an Blutdruckentzündung.

Berlin. (Sektion der Buhr.) Am 26. November verstarb plötzlich am Herzsieg unter Mitglied Alf. Haak, im Alter von 48 Jahren.

Dresden. Am 19. November starb unter Verbandskollege Arthur Hünsel im Alter von 27 Jahren an Schleimhautentzündung.

Mainz. Das Ehrenmitglied Adam Knödler zu Hemersheim ist am 19. November gestorben.

Wolfsburg. Am 27. November starb unter Verbandskollege Wilhelm Sump im Alter von 70 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

II. In der Zeit vom 22. bis 28. November bezahlt worden für höchstens verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Karl Ober-Erich (Frau), Buch-Nr. 66 684; Friedrich Wirth-Schlebusch (Frau), 98 662; Julius Menes-Wanne (Frau), 108 142; Arthur Hänel-Dresden, 106 318; Gottlieb Thiel-Königsberg I. Pr. (Frau), 129 498; Adam Neu-Gransee f. A. M., 92 742; Georg Göring-Gransee f. A. M. (Frau), 21 867; Jakob Schröder-Gransee f. A. M. (Frau), 22 028; Adam Knödler-Mainz, 40 511; Wilhelm Böttcher (Frau), 5616; Wilhelm Thürmann-Hennendorf (Frau), 77 882.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einkündigung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde des selben Eheherrn sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Crefeld.

Neiseunterstützung wird bei Jean Maier, Kästlestraße 65, ausbezahlt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Ellrich.

Die Neiseunterstützung zahlt Kollege Heinrich Akermann, Goethestraße, aus. [M. 1,20]

Emden.

Kollegen, die für die Arbeit vor dem Streit noch Lohn zu fordern haben, werden erucht, ihre genaue Adresse sofort zu uns einzulegen. Das Streikkomitee. [M. 1,80]

Göttingen.

Die Neiseunterstützung wird im Verbandslokal bei der Feme. Achilles, Neustadt Nr. 29, Abends von 8—10 Uhr, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Harburg.

Die Neiseunterstützung wird beim Herbergswirt Fr. Lambricht, Karriapp 19, ausbezahlt.

Um Angabe der Adresse des Kollegen Heinrich Schwerin wird gebeten. [M. 2,10] Der Vorstand.

Hann. Münden.

Die Neiseunterstützung wird vom Kassierer Ernst Pfleider, Mühlstraße Nr. 9, Abends von 6—8 Uhr, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Neubukow.

Unser Verbandslokal befindet sich: Am Markt, in "Stadt Nostoc", bei Herrn Käfer. Neiseunterstützung wird vom Kollegen Medlin, Kröpelinstraße, von 7—8 Uhr Abends ausbezahlt. [M. 1,80] Der Vorstand.

Oberhausen (Rhld.).

Die Neiseunterstützung wird bei Töppi in der Vorberghof von 6—8 Uhr Abends ausbezahlt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Planen i. Vogtl.

Die Neiseunterstützung wird zu jeder Tagesszeit beim Kollegen Förster, Thaerstr. 33, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vertrauensmann.

Wolfenbüttel.

Unsere Verbandsberge befindet sich: Fischerstraße, "Blauer Engel". Dasselbe wird auch die Neiseunterstützung ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Der Kollege Claus Tamms, geb. am 28. Oktober 1888 in Wolfenbüttel, wird gebeten, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Otto Müller, Kassierer, Plön, Langest. 70.

Thalindung.

Ich eruche um Mitteilung des Aufenthalts des Maurers Bernhard Kühl, geboren am 8. Mai 1874 zu Niel. Derselbe soll als Zeuge vernommen werden. [M. 2,10] Vorschein. Der Gr. Staatsanwalt.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alle Veränderungen der dem Erreichungszeit der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veränderung besonders einzeln werden und die (während am Sonntagmorgen 8 Uhr in unten stehende Hände sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Die Mitgliederversammlungen finden von jetzt an beim Gastwirt Ahrensböck statt.

Sonnabend, 5. Dezember. Königslutter. Zwei Versammlungen der Vorberghof. Das Erheben einer Kollegie ist dringend notwendig.

Sonntag, 6. Dezember. Böhlitz. Sonntags 8 Uhr im Vereinslokal. Alle Mitglieder werden erucht, möglichst frühzeitig zu erscheinen.

Berlin. (Rabinopanzer.) Samm. 10 Uhr bei Jannasch, Unterste. 10. Zweitens 8 Uhr bei Reichert. Besuch wird erwartet.

Waldmühle 8 Uhr im "Schäfgenhaus". Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Frankenhausen (Kyffh.). Samm. 4 Uhr im "Karförsterger". Rosenthaler notwendig. Mitgliedsbücher mitzubringen.

Hamburg. (Bremenreiter und Kästleinreiter.) Samm. 8 Uhr. Es wird jedes Kollegie nach Pflicht gemacht, zur Veränderung zu erscheinen.

Waldmühle 8 Uhr im "Schäfgenhaus". Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Lychen. Am Kollegienstag erscheinen.

Niemegk. Samm. 8 Uhr im "Vereinslokal". Das Erheben sämtlicher Kollegien ist notwendig.

Waldmühle 8 Uhr im Stettiner Hof. Alle Kollegen werden gerufen.

Werder a. H. Regelmäßige Mitgliederversammlungen.

Wildungen. Samm. 8 Uhr im Vereinslokal. Das Erheben aller Mitglieder ist dringend notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wittstock. Kollegien 8 Uhr im Vereinslokal. Wahl der Vorsteuern. Alle Kollegien sind zu erscheinen.

Zerbst. Arbeitung des Rathauses.

Dienstag, 8. Dezember.

Bitterfeld. Abends 7 Uhr. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Liegnitz. Samm. 8 Uhr im Restaurant "Sandwich". Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Spandau. Samm. 8 Uhr im "Haus der Freiheit". Neumeisterstr. 8. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Sonnabend, 12. Dezember.

Meerane. Abends 1/2 Uhr im Vereinslokal "Zonkau". Z.O.: Neuwahl der Verwaltung. Jeder Kollege hat zu erscheinen.

Sonnabend, 13. Dezember.

Bleckede. Nachmittag 8 Uhr bei Ober. Das Erheben aller Kollegen ist sehr notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Glauchau. Nachmittag 8 Uhr im "Beckenweg". Wahl der Verwaltung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuet & Co. in Hamburg.